UNIVERSITÄT AUGSBURG
Universitätsbibliothek

OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Neustart im neuen Staat? Sozialpolitik und ökonomische Neuordnungskonzepte im publizistischen Meinungstreit des Jahres 1920

Andrea Rehling

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Rehling, Andrea. 2022. "Neustart im neuen Staat? Sozialpolitik und ökonomische Neuordnungskonzepte im publizistischen Meinungstreit des Jahres 1920." In *Konfliktdemokratie 1920: politische, sozioökonomische und kulturelle Polarisierung in großstädtischer Tagespresse*, edited by Detlef Lehnert, 241–76. Berlin: Metropol-Verlag.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

ANDREA REHLING

Neustart im neuen Staat?

Sozialpolitik und ökonomische Neuordnungskonzepte im publizistischen Meinungsstreit des Jahres 1920*

Das Jahr 1920 war in Deutschland einerseits von der Bewältigung der Kriegsfolgen und der damit einhergehenden Not gekennzeichnet. Andererseits war die Berichterstattung im Bereich der Sozialpolitik und Neuorganisation der Wirtschaft durch die Auseinandersetzung über wichtige Weichenstellungen für die Zukunft geprägt. Es ging darum, die erste demokratische Verfassung mit Inhalt zu füllen und in Gesetze zu gießen. Die Friedensbedingungen stellten die junge Republik im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich ebenso vor Herausforderungen wie die fortschreitende Geldentwertung und die sich rechts und linksaußen formierenden Gegner einer demokratisch verfassten Republik. In der föderal-parlamentarischen Verhandlungsdemokratie brauchte es für Entscheidungen – sollten die direktdemokratischen Instrumente des Volksentscheids und die Präsidialverordnungen nur ausnahmsweise ins Spiel gebracht werden – den Interessenausgleich im Kompromiss und im Parteienwettbewerb die Zustimmung der Wählerschaft.[1] Die veröffentlichte Meinung und damit die Presseberichterstattung spielte dabei eine entscheidende Rolle, diente sie doch in einer Zeit, in der es in Deutschland noch keine Meinungsumfragen gab, auch als Stimmungsbarometer. Gleichzeitig bot sie die Möglichkeit, die eigene Position, aber auch den Kompromiss zu erklären und jeweils dafür zu werben.

Die Bedeutung der großen meinungsbildenden Presseorgane in Berlin und Frankfurt ist in der Forschung unstrittig und immer wieder berücksichtigt

* Ich danke Esther Möller und Katharina Stornig für wertvolle Hinweise und Anregungen.

1 Gerhard Lehmbruch, Parteienwettbewerb im Bundesstaat, Stuttgart 1976, S. 15; ders., Verhandlungsdemokratie. Beiträge zur vergleichenden Regierungslehre, Wiesbaden 2003; zur Genese des Konzeptes vgl. auch: Roland Czada/Manfred G. Schmidt, Einleitung, in: Dies. (Hg.), Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. FS für Gerhard Lehmbruch, Opladen 1993, S. 7–22.

worden.[2] Schon früh wurde darauf hingewiesen, dass die deutsche Zeitungslandschaft des Kaiserreichs und der Weimarer Republik föderal divers und fragmentiert sowie weltanschaulich segmentiert war.[3] An diese Diagnose anschließend wird im Folgenden gefragt, wie zentrale sozialpolitische Debatten des Jahres 1920 lokal und regional aufgenommen bzw. vor Ort geführt wurden: Zeigten sich lokale und regionale Unterschiede, wie wirksam waren die Milieus und wie verhielten sich diese Differenzierungen zu parteipolitischer Nähe? Wie wurden Konflikte beurteilt, bearbeitet, ausgetragen und gelöst? Es wird dabei explizit die Offenheit der Situation 1920 berücksichtigt, die nach dem Krieg in Europa und darüber hinaus von demokratischen Reformen und sozialpolitischer Expansion gekennzeichnet war.[4]

Direkt nach dem Krieg waren die Versorgungslage, von der die Zeitungen bei Nahrung, Papier und Kohle selbst massiv betroffen waren[5], der Wertverlust der Währung, die wachsende Arbeitslosigkeit, eine gravierende Wohnungsnot und die Krise der Sozialversicherungen dominierende Themen, die im sich neu formierenden Staatswesen erst ihre Adressaten finden mussten. Hinzu kamen die Neuorganisation der Wirtschaft nach dem Krieg, die Neuregelung der Arbeitsbeziehungen und Sozialisierungsbestrebungen. Insbesondere von letzteren waren die Zeitungsverlage als Unternehmen auch selbst bedroht.[6] Es ging im ersten demokratisch verfassten deutschen Sozialstaat um die Schaffung eines Arbeitsrechts und einer Arbeitslosenversicherung sowie die Reform der bestehenden Sozialversicherungen zur Sicherung eines Existenzminimums, das durch den Währungsverfall und die Nahrungsmittelknappheit

2 Konrad Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 86–158; Rudolf Stöber, Deutsche Pressegeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Konstanz 2005, S. 118–291; Heinz Pürer/Johannes Raabe, Medien in Deutschland. Bd. 1: Presse, Konstanz 1996, S. 13–57; Jürgen Wilke, Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte, Köln 2000, S. 341–355; Kurt Koszyk, Deutsche Presse 1914–1945, Berlin 1972, S. 25–345; Karsten Schilling, Das zerstörte Erbe. Berliner Zeitungen der Weimarer Republik im Porträt, Norderstedt 2011.

3 Dussel, Tagespresse (wie Fn. 2), S. 90 u. 130–135.

4 Tim B. Müller/Adam Tooze, Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, in: Dies. (Hg.), Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015, S. 9–33; vgl. auch die anderen Beiträge in dem Band sowie zu Situation nach dem Krieg Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011, S. 82–114 und Adam Tooze, The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order, London 2014, S. 173–251.

5 Dussel, Tagespresse (wie Fn. 2), S. 136.

6 Koszyk, Deutsche Presse (wie Fn. 2), S. 46 f.

bedroht schien.[7] Die veröffentlichte Meinung reflektierte alle diese Debatten, griff sie auf, beeinflusste sie aber auch, gab ihnen Impulse, vor allem aber ein Forum und eine Form. Dieser Beitrag betrachtet zunächst die Ernährungskrise und den Preisanstieg, die stark aufeinander bezogen wurden. In einem zweiten Schritt wendet er sich der Kohlennot und der Auseinandersetzung über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zu, um in einem dritten Schritt die Konzepte für einen Reichswirtschaftsrat als Neuorganisation der Wirtschaft zu beleuchten.

1. Ernährung und Teuerung

Vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1920 bewegte die Versorgungslage die Zeitungen quer durch das gesamte politische Spektrum. Die Nahrungsmittelbewirtschaftung, ihre Verteilungsgrundsätze und Verteilungsgerechtigkeit, die Ablieferungsmoral der Produzenten, der Schleichhandel und seine Wucherpreise sowie der Ankauf von Lebensmitteln im Ausland wurden zu beherrschenden Themen. Die Großstädte, die in der Regel kaum selbst Nahrungsmittel produzierten, traten bei der Zuweisung der Lebensmittel, am Markt und bei den Einkäufen für ihre Vorratshaltung in Konkurrenz zueinander und fühlten ihre Abhängigkeit vom Land. Entsprechend groß war die Aufmerksamkeit der Zeitungen für dieses Thema. Bei seiner Diskussion lassen sich mehr als bei allen anderen Fragen Stadt-Land-Unterschiede in der Interpretation und Beurteilung der Situation feststellen. In den städtischen Zeitungen entstand der Eindruck, dass die Lebensmittelversorgung auf dem Land sehr viel besser sei als in der Stadt. Die landwirtschaftlichen Produzenten seien aufgrund der niedrig angesetzten Preise der Nahrungsmittelbewirtschaftung nicht bereit, Getreide, Kartoffeln, Zucker und Fleisch in ausreichender Menge abzuliefern. Sie würden stattdessen lieber den Schwarzmarkt, den sogenannten Schleichhandel, bedienen oder die Lebensmittel in der Hoffnung auf die Freigabe der Preise einlagern. Sie würden dadurch das „Ernährungselend" (BLA 22. 8. 20) in den Städten billigend in Kauf nehmen. Die städtische Bevölkerung sei deshalb schon lange nicht mehr ausreichend versorgt und müsse mit qualitativ minderwertigen Ersatzstoffen vorlieb nehmen.[8] Insgesamt fallen regionale Unterschiede in der Berichterstattung allerdings deutlich schwächer ins Gewicht als politische Fraktionierungen.

7 Gabriele Metzler, Der deutsche Sozialstaat. Vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall, München 2003, S. 54–86.

8 FTp 6. 1. 20 A; GAD 9. 1. 20; SZ 20. 5. 20 M; BLA 7. 1. 20 M.

Es lässt sich ein gewisser Konsumnationalismus konstatieren, der Importprodukte als minderwertig abqualifizierte, was allerdings durchaus auch zur eigenen schlechten Kaufkraft bei steigenden Weltmarktpreisen und schwacher Währung in Beziehung gesetzt wurde.

Die Unterscheidung in Produzierende und Konsumierende, deren gegensätzliche Interessen sich in der Frage der Nahrungsmittelversorgung gegenüberständen und versöhnt werden müssten, durchzog die ganze Debatte ebenso wie der implizite und explizite Vergleich zu einer nostalgisch verklärten früheren Situation. So blickte Reinhold Cronheim im „Berliner Lokal-Anzeiger" auf die Vorkriegszeit zurück[9], in welcher der Berliner Schlachthof quasi ganz Deutschland mit seinen Produkten beliefert habe, während die dort ansässige Reichsfleischstelle nun vor allem minderwertiges, importiertes Fleisch bewirtschafte: „So ausländisches Gefrierfleisch – der Himmel schütze uns davor – sogenanntes Corned Beef, das wir jetzt in allen möglichen Formen und allen möglichen Zutaten genießen, Wurst in Dosen, bei Dosen denkt man unwillkürlich an Schuhwichse oder Schnupftabak, Salzfleisch, das jedem, der je davon genossen unvergesslich sein wird, amerikanischen Salzspeck, der unsichtbar geworden ist, und Schmalz in Fässern" (BLA 3. 3. 20 A). Solche Berichte evozierten Bilder des Mangels und beschworen Mangelerfahrungen herauf, die durch die Kontrastierung mit einem nostalgisch verklärten Vorher die Niederlage regelrecht im Magen spürbar machten (BLA 3. 3. 20 A). Alarmistische Schlagzeilen machten in dieser Situation höhere Auflagenverkäufe sicher (BLA 7. 1. 20 M).

Insbesondere wirtschaftsliberal und national-konservativ ausgerichtete Blätter forderten die umgehende Freigabe des Lebensmittelhandels, kritisierten die Bewirtschaftung vehement und boten Kritikern der Revolutionsregierung sowie des Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie wiederholt ein Forum, ihrem Ärger Luft zu machen (BLA 3. 3. 20 A; SZ 20. 5. 20 M; DAZ 8. 7. 20 M). Gerade in der Ernährungsfrage wurden dabei regelmäßig Körperbilder bemüht und vor einer Degeneration des „Volkskörpers", konkret als Zunahme von Krankheit aufgrund schlechter Ernährung und im übertragenen Sinne als Sittenverfall gewarnt (BLA 7. 1. 20 M; LNN 25. 9. 20 M). So behandelte im „Berliner Börsen-Courier" vom 27. Januar 1920 (A) Jan Fegter (MdN), in der DDP und im Deutschen Bauernbund aktiv, „Fragen der Ernährungspolitik". Er diagnostizierte, dass der Krieg einen „kranken Wirtschaftskörper" zurückgelassen habe. Symptome seien Arbeitsniederlegungen, physische und psychische Degenerationserscheinungen, denn der Nahrungsmittelmangel verursache ein „Schwinden wirtschaftlicher Moral, [...] Mangel an Verantwortungsgefühl, Vergnügungssucht,

9 Zum Berliner Lokal-Anzeiger vgl. Schilling, Zerstörtes Erbe (wie Fn. 2), S. 178–189.

Verschwendungssucht und rücksichtslose[s] Streben nach Bereicherung". Fegter forderte deshalb zur Gesundung der Wirtschaft die staatliche Bewirtschaftung der Nahrungsmittel aufzuheben. Auf die Straße getragenen Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise diffamierten die national-bürgerlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten" (26. 7. 20 M) entsprechend als von „Unruhestiftern" und „Agitatoren" gesteuerte Krawalle. Auch das eher liberale „Stuttgarter Neue Tagblatt" (7. 7. 20 A) teilte diese Einschätzung, verurteilte die oftmals gewalttätigen Proteste als „Teuerungskrawalle" und hielt sie für politisch motiviert, angezettelt und choreographiert.

Im linken Spektrum, dem dieser Vorwurf der bürgerlichen Zeitungen galt, wurde die bei den Protesten vorgebrachte Forderung nach Teuerungszulagen für absolut legitim gehalten. Den Vorwurf, die Zulagen könnten zu einem Preistreiber werden, wiesen sie entschieden zurück (HE 2. 1. 20 A). Den freien Markt hielten die Organe der Mehrheitssozialdemokratie nicht für geeignet, den Mangel an Nahrungsmitteln zu beheben. Auch verwahrten sie sich gegen den Vorwurf, die Politik der republikanischen Regierung sei die Ursache der Ernährungskrise. Um die Probleme zu bewältigen, welche die „Weltkatastrophe" (FTp 7. 1. 20) des Krieges hinterlassen habe, setzten sie sich dafür ein, die Zwangswirtschaft in einen planwirtschaftlichen Aufbau der Ernährungswirtschaft im Rahmen einer „organisierten Wirtschaft" mit dem Reichswirtschaftsrat an der Spitze zu überführen (FTp 7. 1. 20; HE 13. 7. 20 M, 28. 7. 20 A). In den sozialdemokratischen Medien war der Eindruck verbreitet, dass die Landwirtschaft ihre eigenen Sorgen über die Not in den Städten stellen würde. Sie nehme die „Sabotage unserer Volksernährung" nicht nur in Kauf, sondern setzte sie auch als Druckmittel ein, um die Freigabe der Preise zu erwirken. Eine solche werde die Lebensmittel weiter verteuern und, das habe die Freigabe der Kartoffel gezeigt, zu einem Spekulationsobjekt machen (DVz 24. 1., 18. 2., 29. 6. 20).

Nur die „Volkswacht für Schlesien" zeigte für die SPD neben den zentrumsnahen Zeitungen, die forderten, dass die Gestehungskosten durch die Preise gedeckt sein müssten, auch wenn das für die Stadtbevölkerung Härten bedeute, Verständnis für die Situation der Landwirte. Beide vermuteten scheinbar einen nicht unerheblichen Teil ihres Lesepublikums zumindest mit Beziehungen zur Landwirtschaft (Vt 17. 2. 20; KVz 7. 5. 20 M, 14. 7. 20 Mi, 27. 10. 20 M). Die Breslauer „Volkswacht" (4. 2. 20) formulierte ein regelrechtes Aktionsprogramm „Gegen Elend und Hungersnot", in dem sie forderte: „1. den landwirtschaftlichen Produzenten die rechnungsmäßig selbstverständlichen höheren Preise zu zahlen, also Fleisch, Fett und Milch, Brot, Getreide und Kartoffeln zu verteuern; 2. den Landwirten zur Erreichung einer höheren Produktion schnellstens und planmäßig Düngemittel, Maschinen, Kohle, Arbeitskräfte usw. zuzuführen;

3. den wirtschaftlich schwachen Konsumenten, denen die Erzwingung höherer Einnahmen, wie sie den beschäftigten Arbeitern und Angestellten möglich ist, nicht glücken kann, in umfassendem Maße zu Hilfe zu kommen; 4. die restlose Erfassung der Produkte neu zu ordnen." Eine Freigabe der Nahrungsmittel, wie von den Landwirten gefordert, unterstützte sie mit diesem Programm nicht, sondern verlangte vielmehr, falls die Boykotthaltung der Landwirte trotz des Entgegenkommens der Regierung andauern sollte und Flächen böswillig brach lägen, zu Enteignungen zu greifen.

Das Berliner USPD-Organ „Freiheit" beklagte, dass die Forderung der Arbeitenden nach Lohn- und Gehaltserhöhungen regelmäßig als unverhältnismäßig zurückgewiesen würden, während den Forderungen der Agrarier nach Preiserhöhungen, unter dem Vorwand sie würden sonst ihre Produkte nicht abgeben, stattgegeben werde. Sie warnte, nicht auf die Forderung nach Beseitigung der Zwangswirtschaft in der Ernährungswirtschaft reinzufallen. Sie diene nur dazu, die Preise weiter zu erhöhen, ohne dass eine Verbesserung der Versorgungslage zu erwarten sei (Ft 1. 5. 20 M). Nur die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden sowie die Überführung der großen Güter in gesellschaftliches Eigentum könne einen planmäßigen Anbau des Notwendigen im Interesse der Allgemeinheit und Verbraucher gewährleisten (Ft 15. 7. 20 M; auch HVZ 7. 1. 20). Allerdings warnte sie davor, die „wachsende Not", den Bankrott und Zusammenbruch wie die Kommunisten in Kauf zu nehmen, um danach den Sozialismus zu verwirklichen. In ihren Augen war mit einer bankrotten Wirtschaft der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung unmöglich. Deshalb war aus ihrer Sicht die Behebung der Versorgungsprobleme vordringlich (Ft 13. 11. 20 M).

Die kommunistische „Rote Fahne" wiederum versuchte vor allem klare Feindbilder herauszuarbeiten.[10] Die Schuldigen seien nicht die Bürokraten in der Lebensmittelbewirtschaftung, die Markthändler oder die Kleinbauern, sondern der Junker und der Großbauer und ihr Profitinteresse. Mit ihnen Hand in Hand gehe der „Industriewucherer", der den Kleinbauern zwinge, seine Preise zu erhöhen, damit er sich seine Arbeitsmittel leisten könne. Aus ihrer Sicht war dieses Problem nur durch die vollständige Überwindung des „bürgerlichen Staates" in einer Revolution nach sowjetischem Vorbild zu lösen (RF 26. 6. 20). Die Debatten in den Parlamenten, egal ob Reichstag, Reichswirtschaftsrat, Landtag oder Gemeindeparlament, lehnten sie grundsätzlich ab. Die KPD war ebenso wie ihre politischen Gegner überzeugt, dass die hungernden Massen eine ernste Gefahr für die bürgerliche Demokratie waren, was sie – wie die „Freiheit" richtig erkannte – für sich und ihre Revolutionspläne durchaus für notwendig hielt (RF 16. 12. 20).

10 Schilling, Zerstörtes Erbe (wie Fn. 2), S. 421–436.

Die sozialdemokratischen Zeitungen interpretierten die schlechte Ablieferungsmoral, die laut „Münchener Post" (3. 2. 20) in Ostpreußen gerade mal 13 % der Quoten erreichte, wohl nicht zu Unrecht auch als Ausdruck einer reaktionären Haltung in der Landwirtschaft. So hatten deren Redakteure bei der Generalversammlung des „Bundes der Landwirte" den Eindruck gewonnen, dass die demokratische Regierung systematisch sabotiert und die Gegenrevolution angestrebt wurde: „Oldenburg-Januschau wurde umjubelt für die Redensart vom ‚Heer, das von hinten erdolcht' wurde; derselbe Oldenburg, der in einem Brief an den damaligen preußischen Minister des Innern v. Loebell sich selbst bezichtigte, er lasse wegen der Zwangswirtschaft 500 Morgen seines Gutes unbestellt, und viele machten es ebenso. Der Mann ist wirklich der berufene Vertreter des Patriotismus" (MP 20. 2. 20).

Trotzdem versuchte die „Münchener Post" im gleichen Beitrag in den Reihen der Landwirte Verbündete zu identifizieren und meinte beim Vorsitzenden des Bundes Conrad Freiherr von Wangenheim Anknüpfungspunkte zu erkennen, weil er die Not in den Städten anerkannte und vor dem Ausbruch einer bolschewistischen Revolution warnte. Die Tatsache, dass Wangenheim kurz darauf im Kapp-Lüttwitz-Putsch als Landwirtschaftsminister der Putschisten firmierte, dürfte diesem Annäherungsversuch über Weltanschauungs- und Parteigrenzen hinweg ein jähes Ende bereitet haben.[11] Die „Münchener Post" (11. 9. 20) betonte nach dem Putschversuch, dass der demokratische Staat aus diesen Krisen gestärkt hervorgegangen sei. Seine vermeintliche Instabilität sei Propaganda seiner Gegner, wie sich an der „Unterstützung antisemitischer Pogromaufforderungen" Ernst Pöhners ablesen lasse. Pöhner war Polizeipräsident in München, der dem „Alldeutschen Verband" und der „Thule-Gesellschaft" nahestand. Er unterstützte den antisemitischen Geheimbund „Organisation Consul". Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches beteiligte sich Pöhner als Polizeipräsident an den staatsstreichartigen Vorgängen gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Hoffmann und engagierte sich für die Einsetzung der rechtskonservativen Regierung Gustav Ritter von Kahr in München. Pöhner widersetzte sich nach dem Ende des Putsches der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und wurde deshalb als Polizeipräsident abgelöst. 1923 beteiligte er sich am Ludendorff-Hitler-Putsch und unterstützte die NSDAP nach Kräften.[12]

11 Dietrich Orlow, Preußen und der Kapp-Putsch, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26,2 (1978), S. 191–236, hier S. 201 f.

12 Hans Günter Hockerts, Pöhner, Ernst, in: Neue Deutsche Biographie. Bd. 20, Berlin 2001, S. 560–561; Martin Sabrow, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M. 1999.

Eine der krisenhaften Herausforderungen, vor welche die Zeitungen die junge Republik gestellt sahen, war sicherlich die fortschreitende Geldentwertung, die zeitgenössisch meist als Teuerung beschrieben wurde und sich nicht auf Nahrungsmittel beschränkte. Die Methoden der Preisfindung blieben in den medialen Debatten umstritten, ebenso wie der Umfang staatlicher Intervention in diesem Bereich. Übereinstimmung über das gesamte politische Spektrum hinweg bestand, wie der Autor des „Berliner Tageblatt" Rechtsanwalt R. O. Frankfurter richtig festhielt, in der Ablehnung des Schwarzmarktes, der von Wucher, Schleichhandel und Schiebertum gekennzeichnet sei. Er beschrieb den Wucher als „Krebsgeschwür am deutschen Volkskörper", welches die Volkswirtschaft zerrütte und Sitte und Moral zerstöre. „Kasten- und Klassenkämpfe" hätten bisher seine wirksame Bekämpfung verhindert, was nur gelingen könne, wenn das Wohl der Allgemeinheit im Blick behalten werde und die unfreiwillige Interessenallianz zwischen dem Schleichhandel und den zähneknirschend Konsumierenden bei der Beschaffung „rationierter Lebensnotwendigkeiten" aufgelöst werde (BT 28. 4. 20 M).

Die Tariferhöhungen der Eisenbahn, die auch manchen Bürgerlichen einen Abstieg von der zweiten in die vierte Wagenklasse abverlangten (BLA 11. 5. 20 A), illustrierten die Abstiegsängste des Bürgertums vor einer „Verproletarisierung aller" (BLA 15. 4. 20 M) mit diesem eingängigen Bild. Bürgerliche Autoren wurden nicht müde zu betonen, dass der „Mittelstand", die festbesoldeten Beamten und die Rentner von der fortschreitenden Geldentwertung sowie den damit verbundenen Preissteigerungen besonders getroffen seien – es sich also nicht um die bekannte „soziale Frage" gewissermaßen fast schon traditionell bedürftiger Bevölkerungsgruppen handle. Vielmehr seien mit dem „Mittelstand" die Träger der Nation in ihrer Existenz bedroht. Es wurde hier nicht nur an den seit den 1880er-Jahren etablierten Kampfbegriff „Mittelstand" angeschlossen, sondern auch die moralisch aufgeladene Stereotypisierung der Sozialfigur des „Armen" mit der Unterscheidung verschuldeter und unverschuldeter Not aufgerufen[13], um so das soziale und kulturelle Kapital des Bürgertums in die Waagschale zu werfen und politischen Handlungsdruck zu erzeugen[14].

Schon früh wurde in diesem Zusammenhang auch ein „guter Führer", der die Gegensätze versöhnen und die (alte) Ordnung wiederherstellen sollte,

13 Zum „Mittelstand" klassisch Jürgen Kocka, Die Angestellten in der Deutschen Geschichte 1850–1980, Göttingen 1981; zur Figur des „Armen" als Resultat gesellschaftlich-sozialer Beziehungen vgl. bereits Georg Simmel, Der Arme (1906).

14 Pierre Bourdieu, The Forms of Capital, in: John G. Richardson (Hg.), Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, New York 1986, S. 241–258.

herbeigesehnt; so etwa in einem Beitrag im „Lokal-Anzeiger", dessen Thema die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft war, die Anfang 1920 ihren Betrieb einstellen musste, weil die Kosten für Zugtiere, Futtermittel und Maschinen nicht mehr gedeckt werden konnten. Der Beitrag war ein nostalgischer Abgesang auf das Berlin des Kaiserreichs, der darin gipfelte, dass der Autor einen diktatorisch-durchgreifenden „Heiler" für den „kranken Wirtschafts- und Volkskörper" erhoffte: „[...] wir brauchen einen gigantischen Arzt, der die Grundübel beseitigt und dessen Anordnungen wir unbedingt Folge zu leisten haben. Mögen seine Messer noch so scharf, seine Arzneien noch so bitter sein" (BLA 12. 2. 20 A).

Die Vorstellung von Gesellschaft und Wirtschaft als Organismus bzw. „Volks- und Wirtschaftskörper", die erkranken bzw. „degenerieren", aber auch durch entsprechende Eingriffe geheilt werden konnten, war ein regelmäßig bedienter Topos. Er verknüpfte sich mit der Projektion einer apokalyptischen Krise, die nur eine Wende zum Guten oder zum Schlechten zu kennen schien. Mit ihm ging die Sehnsucht nach der „Tat" und einem „Tatmenschen" einher, die in diesem Kontext quer durch das politische Spektrum als Chiffren für mehr oder weniger verkappte Aufrufe zu politischer Gewalt herhalten mussten. Diese verbanden sich im rechten politischen Spektrum mit der Suche nach einem „Führer", was im Kontext der Sozialisierungsdebatte noch sehr viel stärker hervortreten wird und sich regelmäßig mit einer fundamentalen Ablehnung der „Masse" verband. In diesem Kontext wurde regelmäßig auch vor russischen Verhältnissen als Beispiel für eine „Massenherrschaft" gewarnt.[15] So betonte die Gustav Stresemann und der DVP nahestehende „Kölnische Zeitung", die neben der „Frankfurter" zu den wenigen überregional einflussreichen Zeitungen gehörte, die nicht aus Berlin kamen und nach Einschätzung des Verlegers Alfred DuMonts konservativer als ihre Mitbewerber war[16], dass neben den Friedensbedingungen die Massendemokratie ein grundsätzliches Problem darstelle. Die Besitzenden würden sich nicht mehr gegen die „Irrationalität der Massen" durchsetzen können, was langfristig zur vollständigen Verarmung Deutschland führen werde (KZg 27. 2. 20 M). Ein relativ verbreiteter antidemokratischer Reflex gegen den politischen Einfluss

15 Zu den verschiedenen Facetten vgl. u. a. Daniel Siemens, Von Marmorleibern und Maschinenmenschen. Neue Literatur zur Körpergeschichte in Deutschland zwischen 1900 und 1936, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 639–682; Thomas Mergel, Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005, S. 91–127.

16 Georg Potschka, Die Kölnische Zeitung, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 145–158.

vermeintlich ungebildeter „Massen" wurde hier ganz offen zur Abwehr von Privilegienverlusten instrumentalisiert, deren Berechtigung ebenso wie die hierarchische Stufung der Gesellschaft in keiner Weise in Frage gestellt wurde. Vielmehr musste das Bild einer chaotischen Revolution in Russland als Legitimation für Vorrechte und etablierte, vermeintlich traditionell bewährte Ordnungsmuster herhalten.

So einig man sich bezüglich der negativen Auswirkungen des ungebremsten Preisanstieges war, umso geteilter waren die Auffassungen darüber, wie dem Preisanstieg beizukommen sei. Cronheim kommentierte diese Ratlosigkeit mit den Worten: „Was man sich nicht erklären kann, das sieht man als Valuta an" (BLA 9.4.20 A). Die liberalen Zeitungen meinten mehrheitlich, dass eine Anpassung an die Weltmarktpreise trotz erwartbarer Schwierigkeiten langfristig zu einer Beruhigung führen werde. Lohnbewegungen hingegen lehnten sie als preistreibend ab. So versuchte sich Erich Dombrowski an einer Bestandsaufnahme der Preisanstiege an einem für Einkäufe von Hausfrauen „typischen" Warenkorb mit dem Ergebnis, dass hier durch Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Teuerungszulagen getrieben eine Anpassung an Weltmarktpreise bereits stattfinde (BT 22.1.20 A). Ebenfalls im „Tageblatt" erläuterte Reichsschatzminister a.D. Georg Gothein in einer kleinen Artikelserie, warum er eine Annäherung an Weltmarktpreise für unabdingbar hielt, um die Währung wieder im Wert steigen zu lassen, Ausfuhranreize abzuschwächen und Einfuhrpreise sinken zu lassen, gleichzeitig Anreize für Produzenten zu setzen, keine reine „Konsumentenpolitik" zu verfolgen und so die Produktion in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen zu erhöhen, um so die Versorgungslage insgesamt zu verbessern (BT 15.5.20 M, 21.5.20 M).

Die sozialdemokratischen Medien sahen das anders. Zwar mahnte die „Dresdner Volkszeitung" (2.7.20), dass Teuerungsproteste, Plünderungen und gewalttätige Ausschreitungen ebenso wie niedrig angesetzte Preise nicht zu einer Verbilligung der Lebensmittel, sondern nur zu ihrer Verknappung führen würden, weil die Erzeuger ihre Produkte dann vom Markt nähmen. In dieser Hinsicht seien staatliche Stellen nicht allmächtig und Gewalt in jedem Fall kontraproduktiv. Zielführender sei es, wenn sich die Konsumierenden weigerten, die hohen Preise zu zahlen. Preisprüfungsstellen und Konsumentenvertretungen sollten beurteilen, welche Preise angemessen seien und die Verbraucher entsprechend informieren. Darüber hinaus plädierte die SPD-Presse für „Gleitende Löhne". Die fortschreitende Teuerung setze insbesondere die niedrigen Einkommensklassen, die für einen festen Lohn, ein festes Gehalt oder eine feste Besoldung arbeiteten, unter Druck. Um Streiks zu vermeiden, müssten die Löhne den Lebenshaltungskosten deshalb elastisch folgen. So werde eine vorübergehende Bewirtschaftung

des Lohnsystems eingeführt, das die größte Not und unproduktive Streiks vermeiden helfe und sich langfristig in die „Organisierte Wirtschaft" eingliedern lassen würde (HE 17. 1. 20 A; Vt 30. 1. 20; Ve 31. 1. 20; FTp 30. 4. 20).

2. Kohlennot und Sozialisierung

2.1 Kohlennot

Ein mindestens ebenso wichtiges, vielleicht sogar das dominanteste Thema des Jahres 1920 war die Kohlennot und die damit verbundene Frage, wann und wie eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft erfolgen sollte. Die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft war, so die verbreitete Auffassung im gesamten bürgerlichen Spektrum, ohne die Behebung des Kohlenmangels nicht möglich. Die Kohle fehle in allen Industriezweigen und bremse die Produktion. Diese Engpässe, da waren sich die meisten bürgerlichen Medien einig, waren nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bergleute oder zumindest durch die Ableistung von Überschichten zu beseitigen. Entsprechende Zugeständnisse der Bergleute wurden als nationale Pflicht aufgeladen, an der das Überleben der gesamten deutschen Wirtschaft festgemacht wurde (Ga 10. 2. 20 A, 13. 2. 20 A). Regelmäßig wurde die Entente mit ihren Wiedergutmachungsforderungen für die „schwindende Arbeitslust" in der deutschen Bevölkerung verantwortlich gemacht, häufig verbunden mit dem Aufruf, sich nicht entmutigen zu lassen, sondern den Kampf zwischen den Nationen nunmehr auf ökonomischem Gebiet fortzusetzen. Augenfällig ist dabei, wie häufig die psychologische Disposition, die Psychologie der Arbeit und die psychische Konstitution „der Arbeiterschaft" oder „des Volkes" thematisiert wurden. Wie in anderen Bereichen auch, ließen sich in diesen Reflektionen positive oder negative stereotype Zuschreibungen eines vermeintlichen Charakters der „Nation", „Klasse" und – wie wir später noch sehen werden – auch der „Rasse" oder des „Geschlechts" in ein wissenschaftliches Gewand kleiden, das sich enormer Popularität und Überzeugungskraft erfreute.[17]

Propagandistische Kampfbegriffe und stereotype Aufladungen des Krieges wurden so in den Bereich der Wirtschaft übertragen. Ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Öffentlichkeit wähnte sich nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen und Reparationsleistungen in einem ökonomischen Abwehr- und Vernichtungskampf. Entsprechend galten Arbeiterinnen und Arbeiter, die

17 Glenda Sluga, Nation, Psychology, and International Politics 1870–1919, Basingstoke 2006.

sich Arbeitszeitverlängerungen und Überschichten widersetzten, als national unzuverlässig und ideologisch verblendet oder verführt. Dabei spielte auch eine Rolle, dass es nach der allgemeinen Einführung des Achtstundentages den Bergleuten im Ruhrrevier 1919 gelungen war, eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit auf sieben Stunden zu erstreiken. Von kommunistischer Seite stand sogar die Forderung nach einem sechsstündigen Arbeitstag im Raum, während viele bürgerliche Zeitungen den Achtstundentag bereits für einen Fehler und produktivitätsgefährdend hielten. Sie forderten zunehmend eine tariflich geregelte Arbeitszeit von zehn Stunden. Entsprechend wurden sozialistische Positionen in den bürgerlichen Medien als staatsgefährdend dargestellt und zu Forderungen einer gewaltbereiten Minderheit erklärt, denen die Christlichen Gewerkschaften[18] und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine[19] als vernünftige Alternative entgegengestellt wurden (Ga 28. 1. 20 M; FZ 6. 9. 20 M).

Die Auffassungen zur Arbeitszeit der so als vernünftig repräsentiert geltenden Bergarbeiterverbände deckten sich allerdings keineswegs mit den ihnen zugeschriebenen. In dieser Frage überwog weitgehend die berufliche Solidarität. So druckte die zentrumsnahe „Kölnische Volkszeitung" eine Stellungnahme der Christlichen Bergarbeiterverbände ab, in der die Verkürzung der Schichtzeit von acht auf sechs Stunden zu einer folgerichtigen Konsequenz aus der Einführung eines allgemeinen Achtstundentages erklärt wurde. Nur so werde ihrer schweren und gefährlichen Arbeit angemessen Rechnung getragen. Gegen entsprechende Mehrbezahlung erklärten sie sich aber bereit, sieben Stunden zu arbeiten. Das bedeute allerdings kein Abrücken von der Forderung nach einem Sechsstundentag. Der Christliche Bergarbeiterverband argumentierte, dass den Bergleuten Vergünstigungen bei Lohn, Arbeitszeit, Urlaub und Arbeitsbedingungen gewährt werden müssten. Nur so lasse sich die „Arbeitsfreude" der Bergleute erhöhen. Entscheidend sei aber vor allem, die Nahrungsmittelpreise besser zu kontrollieren, um so die Versorgung der körperlich hart Arbeitenden und ihrer Familien zu verbessern (KVz 26. 1. 20 M).

Auch der Vorsitzende des liberalen Verbandes Deutscher Gewerkvereine Gustav Hartmann (DDP, MdN) sah zwar keine andere Möglichkeit, als die Arbeitszeit zu verlängern. Er riet aber davon ab, Zwang auszuüben oder gar die Regelung des Achtstundentages als Normalfall zurückzunehmen. Nur die Verlängerung der Zeit würde die Produktivität der Arbeit, zeitgenössisch sprach man von „Arbeitslust" bzw. „Arbeitsfreude", nicht erhöhen. Er plädierte für

18 Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.

19 Hans-Georg Fleck, Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868–1914, Köln 1994.

eine „zeitweilige Verlängerung durch Ueberstunden". Die Bergleute im Ruhrgebiet hätten die Notwendigkeit die Kohlenförderung zu steigern anerkannt und seien von der unmittelbaren Umsetzung ihrer Maximalforderung abgerückt. Sie hätten sich zu Überschichten bereit erklärt, die durch eine bevorzugte Versorgung mit Lebensmitteln vergütet würden. Hartmann argumentierte, dass diese Bevorzugung einer Berufsgruppe, die harte körperliche Arbeit leistete, sich hoher Gesundheitsrisiken aussetzte und – heute würde man sagen – „systemrelevant" war, absolut legitim sei. An die Bergleute gewandt, bei denen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um Rückhalt kämpften, verglich er die seit der Revolution geltende Arbeitszeit mit den Regelungen europäischer Nachbarn und befand, dass Deutschland den anderen vorausgeeilt sei, sodass in der gegenwärtigen Situation Überschichten absolut vertretbar seien. Er appellierte an die Bergleute im Interesse aller Arbeitenden Mehrarbeit zu leisten, da sonst der Untergang der gesamten deutschen Wirtschaft drohe (BBC 28. 2. 20 A).

Den sozialistischen Parteien stellte sich die Situation anders dar. Sie sahen in der Verlängerung der Arbeitszeit Versuche, Löhne zu drücken sowie Tarifabschlüsse und die Vereinbarungen der Zentralarbeitsgemeinschaft zu unterlaufen. Außerdem warfen sie den Unternehmern vor, bewilligte Preiserhöhungen nicht wie vorgesehen für Modernisierung und Wiederaufbau der Anlagen zu nutzen, sondern sich als Gewinne selbst anzueignen und so der Allgemeinheit zu entziehen. Selbst die radikale Linke bestritt nicht gravierende Engpässe bei der Kohlenversorgung. Aus ihrer Sicht handelte es sich aber vor allem um ein Distributionsproblem, das neben infrastrukturellen Schwierigkeiten auf eine Verknappungspolitik der Unternehmer zurückzuführen sei, die hofften so die Preise erhöhen zu können. Entsprechend forderte die „Rote Fahne" (9. 1. 20), dass revolutionäre Betriebsräte die Produktion und den Verkehr kontrollieren, die „hohe Bürokratie an die Kandare legen", den „Unternehmer unter ihr Kommando zwingen" und den Schiebern das Handwerk legen sollten. Die „Kohlenbarone" würden bewilligte Preiserhöhungen nicht, wie vereinbart, für die Modernisierung der Anlagen, sondern zu „Kapitalfluchtzwecken" verwenden und so die Arbeiter, die sich zu Mehrarbeit verpflichtet hätten, betrügen (RF 5. 3. 20). Die KPD wendete so das Argument nationaler Pflichtvernachlässigung gegen die Unternehmer und erklärte die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats" auch zu einer nationalen Aufgabe. Die „Freiheit" der USPD war der Auffassung, es gehe den bürgerlichen Parteien darum, die Bergleute mit dem Argument „nationaler Pflicht" von der internationalen Sache der Arbeiter zu entfremden. Zu diesem Zweck werde gezielt kolportiert, das internationale Gewerkschaftsbüro würde einen Bergarbeiterstreik in Deutschland gegen

Überschichten wegen des Kohlenabkommens von Spa nicht unterstützen; diese Gerüchte seien Propaganda (Ft 28. 7. 20 A).

Ihnen stand im SPD-Organ „Hamburger Echo" (10. 8. 20) der begeisterte Bericht des Delegierten zum ersten internationalen Bergarbeiterkongress nach dem Krieg in Genf gegenüber. Er schilderte eine breite „Verbrüderung der Bergarbeiter", bei der die Berufssolidarität vor den nationalen Interessen gestanden habe. Der Kongress habe den französischen Antrag, alle Bergwerke zu sozialisieren, mit Beifall begrüßt und quasi mit einer Resolution verbunden, welche die Bergarbeiter zum Generalstreik gegen jeden Krieg verpflichtete. Dieser Beschluss macht klar, dass sich die Sozialisten vom Ziel der Sozialisierung des Bergbaus und der damit verbundenen Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie" zu keinem Zeitpunkt verabschiedet hatten, war doch nicht nur die USPD der Meinung, dass der Staat das Recht habe, die gesamten Bodenschätze zum Eigentum der Nation zu erklären (Ft 29. 1. 20 M). Aus ihrer Sicht hatte die Allgemeinheit unzweifelhaft ein Recht an den Gewinnen aus den Bodenschätzen. Den Gegnerinnen und Gegnern der Sozialisierung, die eine weitere Abnahme der Produktivität fürchteten, hielt sie entgegen, die Sozialisierung werde in kurzer Zeit zur Zunahme der Arbeitsproduktivität führen, da die „Arbeitsfreude" grundsätzlich größer sei als im Kapitalismus. Außerdem funktioniere die Organisation der Erzeugung sowie des Absatzes besser, und die Rationalisierung der Technik sowie die Ersparnis unnützer Konkurrenzunkosten werde sich produktionsfördernd auswirken (Ft 4. 3. 20 A). Entsprechend wurde im April 1920 unter dem Eindruck des Kapp-Lüttwitz-Putsches die Sozialisierungskommission wieder einberufen (als sogenannte Zweite Sozialisierungskommission).[20]

2.2 Die Sozialisierung der Kohle

Die „Rote Fahne" (21. 4. 20) jubelte, die Revolution sei durch die Märzerhebung – gemeint war der Generalstreik – wieder lebendig geworden. Allerdings hielt sie die Sozialisierungskommission mit ihrer Annahme, es gäbe zur Sozialisierung reife Industrien und solche, die noch nicht so weit seien, für eine Irreführung der Arbeiter. Die Unabhängigen Sozialdemokraten wie Karl Kautsky und Rudolf Hilferding würden diese These zur Wahrung des „Sozialpazifismus" und aufgrund ihres „Aberglaubens an die siegreiche Kraft des Wahlzettels" vertreten.

20 Für die Verhandlungen, Positionen und Ereignisse im Rahmen der Sozialisierungsdebatte vgl. Peter Wulf, Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung der Kohle 1920/21, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25,1 (1977), S. 46–98.

Sie würden den Arbeitern bewusst keinen reinen Wein darüber einschenken, dass eine Teilsozialisierung bestenfalls zu einem hilflosen Arbeiterkapitalismus führen würde. Aus Sicht der Kommunisten war mit dem Putsch ein „Ringen auf Leben und Tod zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen Proletariat und Bourgeoisie" angebrochen, dessen Ergebnis in der Eroberung der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse bestehen musste. Die Kommunisten traten deshalb für eine sofortige Vollsozialisierung ein, eskalierten diese Frage zur – parlamentarische Kompromisse ausschließenden – Überlebensfrage und bezichtigten vor allem die ihnen am nächsten stehende USPD polemisch des Verrats an den Interessen der Arbeiterschaft: Kautsky habe mit seinem Diktum, dass eine Sozialisierung des Bankrotts nicht möglich sei, den „gegen das Proletariat gerichteten Maschinengewehren Noskes theoretische Weihen" gegeben (RF 28. 9. 20). In ihren Augen griff eine verdächtige Eintracht in der Sozialisierungsfrage über Partei- und Klassengrenzen hinweg um sich, die nicht damit zu erklären sei, „daß Rathenau und Stinnes, Kautsky und Hilferding, Wissell und Robert Schmidt von gestern auf heute aus Feinden zu Vorkämpfern des Proletariats geworden sind. Diese plötzliche Sozialisierungswut ist vielmehr darin begründet, daß die Sozialisierungspläne dieser Herren ihnen heute das beste Mittel sind, das Proletariat in der kapitalistischen Abhängigkeit festzuhalten" (RF 28. 9. 20).

Die zeitgleich diskutierte Einführung einer Arbeitspflicht erschien der KPD als Beleg, dass die Sozialisierungsvorschläge die Profite der Zechenbarone nicht nur ökonomisch absicherten, sondern auch staatlich verbürgten, während das Verlustrisiko auf den Staat übertragen wurde und die Arbeitspflicht die freien Arbeiter in „willenlose Sklaven des Grubenkapitals" verwandeln sollte. Den Verhandlungen im Parlament müsse die „entschlossene Tat" entgegengestellt werden, wobei es sich um einen unversöhnlichen, kompromisslosen Aufruf zur Gewalt handelte, der die „Diktatur der politischen Arbeiterräte" und damit die Diktatur des Proletariats errichten sollte (RF 28. 9. 20). Im Mittelpunkt der weiteren ebenfalls von Kriegsmetaphorik durchwirkten Beiträge standen dementsprechend der durch Noske verkörperte „Verrat und Betrug" der anderen sozialistischen Parteien und der Aufruf an die Bergleute, zur „Tat" zu schreiten, um die Sozialisierung in der nunmehr regelmäßig so genannten Stinnesrepublik im Kampf und mit Gewalt zu erzwingen (RF 28. 10., 29. 10. 20). In keinem anderen Themenbereich wurden Personen in einem solchen Umfang zu Stellvertretern ganzer Wirtschaftssystementwürfe. Entsprechend waren namentlich gekennzeichnete Artikel und prominente Beiträger in der Debatte über die Sozialisierung des Bergbaus überproportional vertreten.

Die „Freiheit" insistierte im Mai 1920 darauf, dass die liberal-kapitalistische Vorstellung, die freie Konkurrenz bringe die bedeutendsten Leistungen,

immer fragwürdig gewesen, in der „organisierten Wirtschaft" aber sinnlos geworden sei. Die Konzentration, die ganze Industriezweige zu Kartellen und Trusts zusammengeführt habe, hätte die freie Konkurrenz längst ausgeschaltet und große Teile der Wirtschaft einer planenden Wirtschaft unterworfen. Jetzt stelle sich nur noch die Frage, ob sie weiter in der Verfügung großer „Kapitalmagnaten" bleiben solle oder demokratisch umzugestalten sei, indem die Gesellschaft die Verfügungsgewalt übernehme. Es gehe nicht um einen Staatssozialismus mit seinem Bürokratismus, sondern um die Vergesellschaftung der Wirtschaft, in der Wirtschaftszweige zu Selbstverwaltungskörperschaften zusammengefasst werden sollten. Die Erhaltung des Wettbewerbs, nicht die der Konkurrenz, sei das Ziel des Sozialismus, wodurch es ihm möglich sei, eine größtmögliche Entfaltung aller Produktivkräfte zu erreichen (Ft 11. 5. 20 M, 12. 5. 20 M).

Die linksliberale „Frankfurter Zeitung" (11. 5. 20 A) vertrat die Auffassung, dass der Wiederzusammentritt der Sozialisierungskommission eine der wenigen erfreulichen Folgen des Kapp-Lüttwitz-Putsches sei. Für eine Konsolidierung der deutschen Wirtschaft sei eine Klärung des „Sozialisierungs-Problems" unerlässlich. Es sei die Aufgabe der Kommission, der jetzt auch „hervorragende Vertreter des Unternehmertums" angehörten, auszuloten, was möglich sei und so der Agitation der Linksextremen entgegenzutreten: „Denn Demokratie heißt Pflicht und Verantwortungsbewußtsein, und Sozialismus in jedem ganz parteilosen Sinne heißt Gemeinschaftsbewußtsein und Solidaritätsgefühl gegenüber der Volksgemeinschaft. Diese Volksgemeinschaft aber kann heute nur gerettet werden durch eisernen Fleiß und eiserne Sparsamkeit. Auch über diese moralischen Grundlagen jeder Sozialisierung sollte die Sozialisierungskommission zu ihrem Teile Klarheit verbreiten helfen."[21] In diesem moralischen Appell wurde die Aufforderung zu Mehrarbeit bei Lohnzurückhaltung noch einmal aufgegriffen und der Sozialisierungskommission zur Aufgabe gemacht. Auch die zentrumsnahe „Germania" (1. 5. 20 M) war froh, dass an der neuen Sozialisierungskommission Arbeitgebervertreter beteiligt waren und verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass diese neu zusammengesetzte Kommission zu einer „organischen" Sozialisierung kommen werde, die sie in einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn verwirklicht sah. Insgesamt vertrat sie aber die Meinung, dass die

21 Zur vielschichtigen und problematischen Karriere des Begriffs der Volksgemeinschaft seit dem Ersten Weltkrieg vgl. u. a. Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914" und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003; Detlef Schmiechen-Ackermann u. a. (Hg.), Der Ort der „Volksgemeinschaft" in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018.

paritätisch besetzte Zentralarbeitsgemeinschaft das Gremium sei, das eine solche „organische" Entwicklung anstoßen und begleiten müsse.

Die neue Sozialisierungskommission versammelte 23 Mitglieder, Arbeitnehmer der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, Unternehmer und Wissenschaftler.[22] Die Kommission legte ihren Bericht über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus am 31. Juli vor[23] und übergab im September auch ihre Sitzungsprotokolle der Öffentlichkeit, zum einen, um das Zustandekommen ihres Berichtes transparent zu machen, und zum anderen, weil ihre Mitglieder von ihrer historischen Bedeutung überzeugt waren.[24] Das Gutachten der Sozialisierungskommission bestand in erster Linie aus zwei Vorschlägen: einer wurde Walther Rathenau und Rudolf Wissell zugeschrieben und plädierte dafür, die Enteignung der Unternehmer in die Zukunft zu verschieben, während der andere von Emil Lederer, Rudolf Hilferding und Karl Kautsky stammte und für eine möglichst zeitnahe Sozialisierung mit Entschädigung der Unternehmer plädierte.[25]

In der auf diese Veröffentlichung folgenden Debatte betonten viele sozialdemokratische und linksliberale Beiträge Gemeinsamkeiten zwischen den unterschiedlichen Positionen. Harry Graf Kessler[26], Mitglied der DDP, überzeugter Internationalist und Mitglied des „Revolutionären Clubs", bedauerte in der „Vossischen Zeitung", dass Bolschewismus und Spartakismus in der Öffentlichkeit so dominant seien, dass die Entwicklung des „Gildensozialismus" in Deutschland bisher kaum beachtet worden sei. Seine Ursprünge lägen im französischen Syndikalismus Georges Sorels, der die Besitzergreifung der Produktionsmittel gefordert hatte, wodurch auf der einen Seite der Rätegedanke befruchtet worden sei, auf der anderen Seite aber das Postulat der Gemeinschaftsproduktion in Deutschland, Österreich und England Fuß gefasst habe. Für ihre Verbreitung im deutschsprachigen Raum zitierte er Otto Bauers „Weg zum Sozialismus"

22 Ihre Mitglieder waren Karl Ballod, Friedrich Baltrusch, Adolf von Batocki, Adolf Braun, Adolf Cohen, Rudolf Hilferding, Otto Hué, Heinrich Kaufmann, Karl Kautsky, Hans Kraemer, Robert Kuczynski, Emil Lederer, Hugo Lindemann, Carl Melchior, Franz Neustedt, Walther Rathenau, Josef Schumpeter, Carl Friedrich von Siemens, Paul Umbreit, Theodor Vogelstein, Alfred Weber, Georg Werner und Rudolf Wissell. Ihre Zusammensetzung war hoch umstritten, vgl. Wulf, Auseinandersetzungen (wie Fn. 20).

23 Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues vom 31. Juli 1920, Berlin 1920.

24 Verhandlungen der Sozialisierungs-Kommission über den Kohlenbergbau im Jahre 1920, I. Bd., Berlin 1920.

25 Wulf, Auseinandersetzung (wie Fn. 20), S. 65–67.

26 Hans Ulrich Simon, Keßler, Harry Graf von, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 545–546.

(1919) und „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" (1920). Aber auch Hilferdings „Mehrheitsbericht" [sic] der deutschen Kohlensozialisierungskommission sei von diesen Gedanken durchdrungen, ebenso wie die Vorschläge von Walther Rathenau und Georg Bernhard, die alle für eine planvolle Selbstverwaltung der Industrie eintreten würden. Sie näherten sich von einer anderen Seite der gleichen sozialistischen Anschauung, die in den „Sozialistischen Monatsheften" von Julius Kaliski und Max Cohen vertreten worden sei. Der Wert des Gildensozialismus, der in England bereits weit entwickelt sei, liege darin, dass er keinen Staatssozialismus anstrebe, sondern wirtschaftliche und kulturelle Selbstbestimmung im Rahmen einer genossenschaftlichen Organisation mit dezentralisiertem Aufbau, der fach- und produktspezifisch in örtliche, nationale und internationale Einheiten organisiert sein sollte. Im Gildensozialismus sah Graf Kessler einen für alle gangbaren Kompromiss, weil sich in ihm alle wichtigen Positionen träfen. Er sei die folgerichtige Weiterentwicklung der im Raum stehenden Vorschläge (VZ 8. 8. 20). In den „Münchner Neuesten Nachrichten" nahm Chefredakteur Ernst Francke, Mitglied der DDP und der ersten Sozialisierungskommission[27], zur „Gemeinwirtschaft der Kohle" Stellung, als Auftakt zu einer Reihe, die verschiedene Positionen zu Wort kommen lassen sollte. Francke selbst verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass es möglich sein werde, sich trotz unterschiedlicher Positionen im Detail auf eine Übereinstimmung in Richtung und Ziel zu einigen, die besagte, dass die Rohstoffe nicht mehr ein Monopol in Privateigentum sein dürften, sondern in die Gemeinwirtschaft, im Sinne einer gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung unter Beteiligung der Unternehmer, überführt werden müssten (MNN 6. 9. 20).[28]

Während sich die linksliberalen Blätter vor allem um die Suche nach Gemeinsamkeiten bemühten, begrüßte die zentrumsnahe „Germania" zwar, dass die Kommission einmütig zu dem Beschluss gekommen sei, dass es keine entschädigungslosen Enteignungen geben dürfe, weil ein solcher Eingriff in das Privateigentum einem Raub gleichkomme. Sie sprach sich aber trotzdem gegen beide Vorschläge aus, um einmal mehr eine berufsständische Alternative in den Raum zu stellen. Sie fürchtete, dass Rathenaus Idee, ein Verkaufsmonopol zu gründen, dessen Träger der Reichskohlenrat sein sollte und für das die Zechen als Entschädigung außer den Selbstkosten nur die Verzinsung des investierten

27 Klaus-Peter Hoepcke, Francke, Ernst, in: Neue Deutsche Biographie. Bd. 5, Berlin 1961, S. 325–326.

28 Diese Auffassung wurde durch den Nachdruck von Auszügen eines Beitrages von Lujo Brentano über „Die Notwendigkeit und die Voraussetzung eines Fortbestehens des Bürgertums" der Wiener „Neuen Freien Presse" noch einmal unterstrichen (MNN 10. 9. 20).

Kapitals und tarifmäßig festgesetzte Prämien für gesteigerte Produktivität und soziale Verbesserungen erhalten sollten, nicht den gewünschten Effekt haben würde. Die Unternehmer sollten durch diese Gewinnverteilung das Interesse an einer Steigerung des Kohlenpreises verlieren. Aus Sicht der „Germania" drohe der Unternehmer aber nicht nur das Interesse am Gewinn, sondern auch am Verlust zu verlieren, wodurch der Kohlenpreis langfristig steigen werde. Es stehe zu befürchten, dass die Gewinnbeteiligung der Arbeiter nicht ausreichen werde, um die Produktivität zu steigern, gleichzeitig aber die Unternehmer versuchen würden, sich ihrer Unternehmen zu entledigen, um in andere, weniger kontrollierte und besser verzinste Anlagen zu flüchten, wenn kaum noch Aussicht auf Gewinn bestünde. Der Nutzen des Vorschlags einer langsamen Entwicklung zur Vollsozialisierung sei jedenfalls zweifelhaft. Auch der radikalere Vorschlag von Emil Lederer setze falsche Anreize, was die Leistungsbereitschaft der Unternehmer und Arbeiter betreffe, denn: „Mit dem Vorschlag von Lederer ist der private Zechenunternehmer völlig erledigt". In der gegenwärtigen ökonomischen und finanziellen Situation erschien die vorgesehene Entschädigung der „Germania" nicht finanzierbar. Außerdem erschien der Zeitung die Ausschaltung des Unternehmertums grundsätzlich als nicht zielführend. Stattdessen stellte sie wieder eine hierarchische (Berufs-)Ständeordnung der Gesellschaft in den Raum, die als funktional differenzierte „Volksgemeinschaft" im Dienste des Gemeinwohls imaginiert wurde, in der jedes Individuum seine ihm und seinem „Wesen" gemäße Stelle im Gefüge einnehmen sollte und deren klassenharmonische Verwirklichung vor allem von der Arbeitsgemeinschaft erhofft wurde (Ga 9. 9. 20 M; auch Ga 25. 10. 20 A; KVz 26. 9. II, 3. 10. II, 3. 11. 20 A).

Die „Kölnische Zeitung" (5. 9. 20 M2) druckte eine Einschätzung von Hans Kraemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates als Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. An seine Verbandsmitglieder gewandt, warnte er eindringlich davor, die Vorschläge einfach nur mit einem Nein zu quittieren und rief stattdessen insbesondere die Unternehmer dazu auf, sich mit ihnen im Detail auseinanderzusetzen und Kritik zu üben, um am Ende eine Version von Gemeinwirtschaft zu erreichen, welche der Volkswirtschaft nicht schade. Entsprechend druckte diese Zeitung auch eine Stellungnahme des Bergbauvereins gegen die Sozialisierungsvorschläge (KZg 12. 10. 20 A). Außerdem wurde Paul Silverbergs Ausspruch aufgegriffen, es sei nicht die Frage, ob die Industrie für den Sozialismus reif sei, sondern ob es die Menschen seien, um in der Folge alle vorliegenden Sozialisierungsforderungen in den Bereich der Utopie zu verbannen (KZg 18. 10. 20 A, 21. 10. 20 A). Der Reichstagsabgeordnete der DVP August Winnefeld erklärte sich dementsprechend zu einem Sprecher der „vernünftigen", „nicht-ideologischen" Bergleute und erläuterte unter dem Titel

„Wir Bergleute und die Sozialisierung", dass die Sozialisierungsforderung ein Anliegen von „Nichtarbeitern" sei. Den Bergleuten selbst gehe es vor allem um ausreichende Nahrungsmittelversorgung für sich und ihre Familien und eine Bezahlung, die der Härte und den Gefahren ihrer Arbeit im Vergleich zu anderen Arbeiten angemessen sei. Seine Aussagen authentisierte Winnefeld, indem er darauf hinwies, dass er nicht nur Mitglied des „Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter" sei, sondern in den Parlamentsferien noch regelmäßig als Bergmann arbeite (KZg 25. 10. 20 A). Im publizistischen Meinungskampf wurde so auch immer wieder die Frage aufgerufen, wer ein Mandat habe, für die Bergleute zu sprechen bzw. sie repräsentiere. Insbesondere konservative Medien erklärten sich so regelmäßig zum Anwalt einer vermeintlich schweigenden oder verstummten, unpolitischen Mehrheit.

Der „Vorwärts" ließ beide Vorschläge ausführlich diskutieren. Zum Vorschlag Lederer, der eine sofortige Sozialisierung und Enteignung der Unternehmer vorsah, nahm als Mitglied der Sozialisierungskommission der Steiger Georg Werner Stellung, indem er das Gegenargument zurückwies, die sofortige Vollsozialisierung scheitere am „Führermangel". Aus seiner Erfahrung als Steiger sei es durchaus möglich, aus der Arbeiterschaft Leiter für sozialisierte Bergbauunternehmen zu rekrutieren; das geschehe längst. So hätten die technischen Betriebsbeamten, die sich nicht aus Akademikerkreisen rekrutierten, sondern nach einem guten Abschluss der Steigerschule die Betriebsführerklasse besucht hätten, trotz des Widerstands der „Bergakademiker" längst bewiesen, dass sie in der Lage seien, als Direktoren ein größeres Werk zu leiten. Eine systematische Ausbildung des Nachwuchses würde diese Ausgangssituation noch verbessern und einen Leistungswettbewerb im Führungspersonal der Bergwerke sicherstellen, zumal die gegenwärtigen Wirtschaftsführer im Bergbau Kämpfer für den Syndikatsgedanken seien, der die Konzentration verschiedener Wirtschaftszweige anstrebe. Für solche Unternehmungen lägen bislang insgesamt keine Erfahrungen vor, sodass auch das Argument des Erfahrungsvorsprungs in der Leitung von Wirtschaftsunternehmen nicht greife (Vs 24. 9. 20 M).

Zum in diesem Kontext so genannten Vorschlag Rathenau nahm Mitautor Rudolf Wissell Stellung. Er wies zunächst auf die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden zur Debatte stehenden Vorschlägen hin: Beide würden staatliche Betriebe für unökonomisch und zu bürokratisch halten. Deshalb solle die Leitung der Kohlenwirtschaft dem Kohlenrat übertragen werden, der eine nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten arbeitende Korporation freier Selbstverwaltung sein sollte, die sich aus den Betriebsleitern, Arbeitern und Angestellten, Vertretern des Reichs und der Konsumenten zusammensetzen sollte. Der Unterschied in den Auffassungen – so Wissell – bestehe vor allem in der Frage, ob jedes

Privateigentum zu beseitigen sei oder ob das zu diesem Zeitpunkt ein zu riskantes Experiment sei. Er selbst fürchte das Risiko, auch weil Enteignungen Entschädigungen nach sich ziehen würden. Außerdem würden die Sachkunde und das Wissen der Leiter der Kohlenwirtschaft beim Rathenau-Vorschlag zunächst erhalten bleiben, während Missbrauch und Missstände durch die erhöhte Kontrolle sofort ausgeschaltet würden (Vs 25. 9. 20 A).

Die „Freiheit" (8. 10. 20 A) wiederum beklagte, die „Rechtssozialisten" säßen nach wie vor dem Irrtum auf, dass auf die Unternehmer bei der Sozialisierung nicht zu verzichten sei. Sie plädierte für den Vorschlag Lederer und betonte ebenfalls, dass die Mitarbeit der hochqualifizierten, technischen und organisatorischen Angestellten wichtiger sei als die der Unternehmer. Diese Entwicklung sei den Konzentrationsprozessen geschuldet, die längst eine organisierte Wirtschaft mit (noch nicht staatlicher) Planwirtschaft implementiert hätten. Auch das Düsseldorfer USPD-Blatt lehnte Wissells Planwirtschaftskonzept als zu wirtschaftsfreundlich ab. Es meinte einem Abwehrkampf der „Schlotbarone" gegenüber zu stehen, der u. a. in der Broschüre des Bergbauvereins in Essen „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues" seinen Ausdruck finde. Dieses Büchlein spekuliere auf die „wirtschaftspolitische Urteilslosigkeit weitester Kreise", die es mit Zahlen und Tabellen zu verblenden suche (VzD 30. 10. 20). Ebenso fasste das SPD-Organ „Fränkische Tagespost" (16. 11. 20) den Versand dieser Broschüre als „Hetze gegen die Sozialisierung" auf und machte sich daran, aus ihrer Sicht Widersprüche und Fehler in der stark zahlenbasierten Argumentation aufzuzeigen.

Auch der Dortmunder „General-Anzeiger" (22. 10. 20) befasste sich mit der Broschüre des Bergbauvereins und betonte, dass die Argumentation dem Verstand durchaus einleuchte. Allerdings müsse auch beachtet werden, dass die Sozialisierung eine Herzensangelegenheit sei, wobei paternalistisch das Herz vermeintlich kindlichen Arbeitervertretern und ihren sozialpolitischen Forderungen zugeschrieben wurde, während der Verstand für ökonomisch rationales Kalkül der Unternehmer stand. Rationalität und manchmal zu kalte Sachlichkeit auf der einen, ideologische Verblendung auf der anderen Seite wurden als Ursache für den Klassenkampf ausgemacht. Auch diese Diagnosen wurden häufig mit der Sehnsucht nach einem charismatischen und „guten Führer" verknüpft, dem es obliegen sollte, die „Volksgemeinschaft" zu versöhnen. Entsprechend wurde in bürgerlichen Medien verschiedentlich ausgelotet, inwieweit Hugo Stinnes solche Erwartungen erfüllen könnte (GAD 9. 10. 20). Nachdem die Voten der sogenannten Essener Siebener-Kommission veröffentlicht worden waren, deren Mehrheitsvotum Stinnes und seinen Plänen für eine vertikale Konzentration zugeschrieben wurde, entstand in der Auseinandersetzung

eine regelrechte Fixierung auf seine Person. Der Ton in der Auseinandersetzung verschärfte sich und wurde manchmal schrill. Die „Berliner Morgenpost" (2. 11. 20) beklagte, dass es künftigen Generationen nicht vermittelbar sei, dass die Frage der Kohlenversorgung zu einem parteipolitischen Thema geworden sei. Es sei zwar theoretisch „ein idealer Zustand, dass die Schätze des Erdinnern nicht einer Minderzahl, sondern der Allgemeinheit der Nation gehören und zu deren allgemeinen Besten verwandt werden", allerdings habe die Kriegswirtschaft gezeigt, dass der Staat kein guter Unternehmer sei. Man könne zu Stinnes parteipolitisch stehen, wie man wolle, sein unternehmerischer Erfolg mache es geradezu zwingend, ihn in dieser Sache zu hören. Der Autor warb in einem weiteren Artikel für Stinnes' Gemeinwirtschaftskonzept der vertikalen Konzentration als Sozialisierung im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltung (BM 4. 11. 20).

Die „Frankfurter Zeitung" (3. 11. 20 A) warnte Anfang November vor einem drohenden Bürgerkrieg, und auch sozialdemokratische Zeitungen artikulierten Sorgen über die Gewaltbereitschaft rechter und linker Republikgegner: „Rußlands beispiellose Zerrüttung, gegen die selbst die österreichischen Zustände noch paradiesisch anmuten, zeigt welches Schicksal der Völker harrt, die soziale Krisen mit brutaler Gewalt, mit Maschinengewehren und Handgranaten zu überwinden suchen. Aber den Orgesch- und ‚Stahlhelm'-Leuten und den kommunistischen Fanatikern kann das Handwerk nur gelegt werden, wenn wir auf friedlichem Wege, durch vorbauende Umstellung unseres Wirtschaftslebens und unserer Wirtschaftsform aus den unerträglichen Zuständen der Gegenwart herauszukommen verstehen" (Ve 11. 11. 20).

Die Spannungen wurden 1920 dadurch verschärft, dass nicht nur die sozialistischen Zeitungen sicher waren, einer medialen Kampagne der Unternehmer gegen die Sozialisierung des Bergbaus gegenüberzustehen. Dieser Eindruck speiste sich aus zahlreichen Zeitungskäufen durch Unternehmer im Laufe des Jahres 1920. Die „Freiheit" schrieb schon im Juli von der „Deutschen Allgemeinen Stinneszeitung" (Ft 17. 7. 20 A), um im Dezember über die „Stinnespresse" zu berichten, denn: „bei welcher Zeitung weiß man noch, seitdem die Herren sich der Berichterstattungsbureaus bemächtigt haben, daß sie außerhalb dieser Sphäre steht?" (Ft 21. 12. 20 A). Aber auch die rechtsbürgerlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten" (11. 5. 20) beobachteten die Zeitungskäufe von Hugo Stinnes mit großem Misstrauen, fürchteten sie doch, er werde mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", der „München-Augsburger Zeitung", vor allem aber durch die Käufe von Wäldern und Papierfabriken in Kombination mit seiner Machtstellung in der Kohlenwirtschaft den Zeitungsmarkt mittelfristig vollkommen beherrschen.

Der Eindruck wurde verstärkt durch fast wortgleiche befürwortende Stellungnahmen, mit denen sich einige Zeitungen der Einschätzung der DAZ (12. 11. 20) anschlossen, dass mit den Plänen zur vertikalen Konzentration nun endlich ein praktikabler Vorschlag zur Umsetzung der Sozialisierung im Raum stehe, von dem sich nur Steiger Werner „abgesondert" habe. Die von Stinnes verkörperte Vertrustung sei die Lösung der gegenwärtigen ökonomischen Krise: „Er ist nicht mehr Person, ist Programm. Sein Ziel ist die Steigerung der Produktion, Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte. Auf dieses Ziel geht er, nein: stürzt er geradenwegs hin" (ähnlich BBC 13. 11. 20 M, 14. 11. 20 M; HF 10. 11. 20 A). Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" (12. 11. 20 M), die als rechtsbürgerliches wirtschaftsnahes Organ der Region galt[29] und die Sozialisierung immer grundsätzlich abgelehnt hatte, meinte nun, der auch vom Industriellen Albert Vögler unterstützte Stinnes-Vorschlag sei ein gangbarer Kompromiss. Auch die zentrumsnahe „Germania" (13. 11. 20 M) sprach sich uneingeschränkt für diesen Vorschlag aus, welcher zwar einen Konzentrationsprozess mit Hilfe des Staates bedeute, der in anderen Zeiten nicht wünschenswert gewesen wäre. Da es aufgrund der „wahnsinnigen Friedensbedingungen" aber um die „Lebensmöglichkeit unserer Nation" gehe, würden jetzt allerdings wirtschaftliche Betriebe von großer Stoßkraft benötigt. Vor diesem Hintergrund sei die Ausschaltung des Zwischenhandels unbedingt notwendig. Die besondere Bedeutung des Vorschlages liege jedoch in der Beteiligung von Arbeitern und Beamten am Kapital und am Gewinn, was geeignet sei, die Erwartungen materieller Gewinne aus der Sozialisierung zu befriedigen, denn diese sei am Ende vor allem eine Lohnbewegung gewesen. Die „Vossische Zeitung" (13. 11. 20 M) rekapitulierte die Stellungnahmen ihres Chefredakteurs Georg Bernhard im Reichswirtschaftsrat, der den Stinnes-Silverberg-Vorschlag ökonomisch für ausgezeichnet hielt, gemeinwirtschaftlich betrachtet aber unmöglich fand.

In der „Berliner Volks-Zeitung" (13. 11. 20 M) sah Ernst Mosich, Mitglied der DDP und Geschäftsführer des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe, die vertikale Konzentration dagegen kritisch und die Aufgabe seiner Partei darin zu zeigen, dass nur die Privatwirtschaft mit Wirtschaftsdemokratie und freiheitlichem Arbeitsrecht zur Gleichberechtigung der Wirtschaftenden, zur höchsten Produktivität und „zu wahrhafter Rechtsverwirklichung innerhalb der menschlichen Gesellschaft" führen könne. Den sozialistischen Parteien warf er Dogmatismus vor, der verursache, dass sie ihre eigentlichen Ziele „gegenüber der absolutistischen Herrschaftsform der kapitalistischen

29 Stefan Frech, Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone, Paderborn 2009, S. 129–132.

Betriebsleitung eine neue Rechtsform der wirtschaftlichen Führerverantwortlichkeit zu prägen", aus den Augen verlören. Aus seiner Sicht war der Kapitalismus die höchste Entwicklungsstufe internationaler Verkehrswirtschaft, die den Grundstein für den Pazifismus lege. Neben dem Arbeitsrecht lag für ihn die Lösung der Konflikte zwischen Kapital und Arbeit in einer moralisch-verantwortlichen Haltung der Unternehmer, deren Handeln ebenso wie jede andere staatsbürgerliche Handlung unter Kants kategorischem Imperativ stehen müsse. Diesen hielt er für die Grundlage jedes demokratischen Staates. Gerade die Zeitungen, die den Grundstoffindustrien nicht nahestanden, lehnten die vertikale Konzentration ab, weil sie den Wettbewerb ausschaltete, ohne anderweitige Kontrollen einzuführen.

Aber auch die rechtsbürgerlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten" lehnten Konzentrationsprozesse ab. Bei ihnen verknüpfte sich das allerdings mit einer ablehnenden Haltung gegen Kapitalismus und Liberalismus, die als „undeutsch" apostrophiert wurden. Die Konzentration der Aktiengesellschaften im Finanzkapitalismus stelle eine „Ueberfremdung" der Unternehmen durch die „Großfinanz" dar. Mit einem Vokabular ähnlich dem antisemitischer Verschwörungstheorien stellten sie fest: „Diese Persönlichkeiten [die Käufer großer Aktienpakete, A. R.] können dann die Geschicke der betreffenden Gesellschaft ganz nach Wunsch leiten, so daß die Industriegesellschaften, die ihre Freiheit heute so stolz gegen die Sozialisierung verteidigen, in Wirklichkeit wie Puppen eines Marionettentheaters von geheimnisvoller Hand von irgendwoher geleitet werden" (LNN 23. 10. 20 M). Mit diesen geheimnisvollen Mächten waren einerseits Großbanken und andererseits einige „Geldmänner" gemeint. Neben Stinnes, der als Prototyp herhalten musste, wurden Hermann Röchling, die Gebrüder Stumm, Otto Wolff und Klöckner genannt. Die Vertrustung habe dem „Großkapital" den Weg geebnet, aber erst „dem amerikanischen Geiste der modernen Finanzgrößen" sei die Schaffung von Trusts ein Anliegen. Im Folgenden wurde dann weiter über die Anfälligkeit der Aktiengesellschaften und Trusts für den Einfluss unsichtbarer, fremder Mächte orakelt: „Keine Verwaltung irgendeines größeren industriellen Unternehmens ist heute mehr ihrer Selbständigkeit sicher. Sie kann nicht wissen, ob nicht insgeheim ihre Aktien zusammengekauft und über das Schicksal des betreffenden Unternehmens nach Gutdünken verfügt wird. Gefährlich könnte diese Bewegung jedoch in dem Augenblick werden, wo hinter ihr vielleicht ausländische Interessen auftauchen" . Die vermeintliche Gefahr ging aber nicht nur vom Ausland aus, es wurde außerdem davor gewarnt, dass auch der Staat diese Lücke nutzen könne, um die Sozialisierung auf einen Schlag herbeizuführen, oder andere Interessierte, um die Planungen einer geordneten Sozialisierung zu durchkreuzen (ebd.). Dieses Blatt lehnte die

„Stinneschen Planwirtschaft" aber auch ab, weil sie zu einer Wirtschaftsdiktatur der Kohlenindustrie im Deutschen Reich führe (LNN 2. 11. 20 M).

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums waren sich die Zeitungen von SPD und USPD nicht einig in ihrer Einschätzung, was eine weitere Vertrustung der Wirtschaft für ihre Ziele bedeutete. Die „Fränkische Tagespost" meinte, die Vertrustung käme einer Amerikanisierung der Wirtschaft gleich, mache sie durch ihren höheren Organisationsgrad aber langfristig endgültig sozialisierungsreif (FTp 2. 11., 12. 11. 20) In der „Leipziger Volkszeitung" (10. 11. 20) dagegen rief Otto Jenssen die Arbeiterschaft zu Geschlossenheit auf, denn jetzt gehe es entweder um die „Vertrustung, d. h. Herrschaft unter der Knute des konzentrierten Kapitals, oder Sozialisierung, d. h. planmäßige Verwaltung der Industrie durch die Arbeiter im Interesse der Gesamtheit als Stufe auf dem Weg zum Sozialismus". Diese Einschätzung teilte auch Alfred Braunthal, der Stinnes' Vorschlag nur für gemeinwirtschaftlich getarnten Kapitalismus hielt (LVz 19. 11., 4. 12., 8. 12. 20). Das Hannoveraner SPD-Organ „Volkswille" titulierte die „Stinnes-Sozialisierung" als „einen gelungenen, wenn auch verfrühten Karnevalsscherz". Die Vertrustung werde einen „Mammutkapitalismus" hervorbringen, den die Unternehmer noch nicht einmal im wilhelminischen Kaiserreich hätten durchsetzen können. Die Ausgabe von Kleinaktien an die Arbeiter erinnere „an die urältesten harmonieduseligen Pläne zur ‚Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit'". Sie gliedere sich ein in die paternalistischen Maßnahmen früherer Zeiten, wie die Werkskolonien, den Werkskonsum oder die Werkspensionskassen. Die Kleinaktie solle ein „Köder gegen die Sozialisierung sein" und müsse im Zusammenhang mit der Unterstützung der Unternehmer für die Gelben Gewerkschaften gesehen werden (Ve 16. 11. 20). Die Bourgeoisie sei durch eine Sehnsucht nach einem Messias getrieben, den es in Stinnes gefunden zu haben meine. „Der Messias von Mülheim" agiere bei seinen Unternehmenszusammenschlüssen aber als Usurpator und Entthroner der Kapitalisten. Am Ende werde dieses System deshalb seine eigenen Kinder fressen (Ve 30. 12. 20). Diese Ansicht teilte auch die „Fränkische Tagespost" (17. 11. 20), die Stinnes als Wirtschaftsdiktator bezeichnete und ihn beschuldigte, im Hintergrund die Fäden zu ziehen, mit der Kleinaktie die sozialistisch gebildeten Arbeiter der Gegenwart aber nicht mehr abspeisen könne.

Die so angesprochenen Bergarbeiter wandten sich am 15. November 1920, dem Jahrestag der Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft, in einem offenen Brief, der im „Vorwärts" abgedruckt wurde, an den Reichskanzler. In diesem Brief hielt der Gesamtvorstand des „Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands" fest, dass das Mehrheitsvotum für sie inakzeptabel sei und sie sich hingehalten fühlten. Außerdem wiesen sie auf den bereits erwähnten Beschluss des

Internationalen Bergarbeiterkongresses hin, der sie auf eine Sozialisierung der Bergwerke ebenso verpflichte wie die Tatsache, dass sich in Revierkonferenzen und Generalversammlungen Bergleute aller gewerkschaftlichen Richtungen für eine Sozialisierung ausgesprochen hätten. Sie forderten von der Reichsregierung deshalb dringend eine Entscheidung, wie sie es mit der Sozialisierung zu halten gedenke (Vs 18. 11. 20 M). Die Zeitungen sahen sich deshalb in der Folge noch einmal zu programmatischen Stellungnahmen herausgefordert.

In der „Kölnischen Zeitung" sprach Silverberg dem Bergarbeiterverband jede Kompetenz in gesamtwirtschaftlichen Fragen ab und warf den Sozialdemokraten vor, marxistische Ideologen zu sein. Er bezichtigte die 400 000 sozialistischen Bergleute, Terror auszuüben, um ihre Ziele zu erreichen. Das werde nicht fruchten, denn das „deutsche Volk, bestehend aus 40 Millionen denkenden Menschen, wird sich nicht nehmen lassen, Fragen, bei deren Lösung es um sein Leben geht, selbst zu prüfen" (KZg 21. 11. 20 M2). Entsprechend warb er noch einmal für seinen Vorschlag der vertikalen Konzentration, denn das Mehrheitsgutachten des Essener Siebener-Ausschusses berücksichtige die gesamtwirtschaftlichen Belange sowie die Auswirkungen der Kriegsniederlage, die Friedensbedingungen und die finanziellen Schwierigkeiten (KZg 26. 11. 20 M). Die „Germania" betonte noch einmal, dass der Vorschlag nicht optimal, aber in der gegenwärtigen Situation der einzig gangbare sei. Um diese Position zu unterstreichen und dem Verweis auf alle Gewerkschaftsrichtungen zu begegnen, zitierte sie Georg Friedrich Baltrusch, den Geschäftsführer des „Verbandes des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes", der erklärt habe, dass in den Stinnes-Silverberg-Vorschlägen keine endgültige Lösung der Sozialisierungsfrage im Bergbau liege und eine „Gemeinschaft, wie wir sie uns im Kohlenbergbau wünschen", in diesem Vorstoß fehle, in der gegenwärtigen Situation eine Vollsozialisierung aber nicht möglich sei. Sie zu fordern – so die „Germania" – sei reine Demagogie. Die Sozialisierungsfrage drohe Gegenstand „politischer Schmutzkonkurrenz unter den sozialistischen Parteien" zu werden (Ga 29. 11. 20 A).

Den Vorwürfen, sie seien demagogisch und würden eine Frage politisieren, die nüchtern mit ökonomischem Sachverstand zu beraten sei, trat die „Freiheit" vehement entgegen. Sie erklärte, dass die Unternehmer trotz gegenteiliger Bekundungen sehr genau wüssten, dass jede ökonomische Frage eine Machtfrage und damit immer politisch sei. Aus dieser Sicht war die Forderung einer „Entpolitisierung der Wirtschaft" als Voraussetzung der wirtschaftlichen Gesundung eine Lüge, um die bestehenden Machtverhältnisse zu konservieren (Ft 21. 12. 20 A). Sie gab deshalb Lederer noch einmal Raum, „grundsätzlich" zur Sozialisierungsfrage Stellung zu nehmen und den Grundgedanken seines Vorschlags I der Sozialisierungskommission darzulegen: Der Krieg habe Wirtschaft und Gesellschaft

so umgeformt, dass der Aufbau einer neuen Ordnung unausweichlich sei. Nur die Überführung der Produktionsmittel in die Hand der Allgemeinheit stelle die Demokratisierung der Wirtschaft sicher. Diese differenzierte er explizit von Verstaatlichung und Bürokratisierung. Das Unternehmertum hielt er für verzichtbar, weil die neue Organisationsform einen neuen Typus des gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsführers hervorbringen werde (Ft 24. 11. 20 M, 25. 11. 20 M, 11. 12. 20 A).

3. Der Reichswirtschaftsrat: Arbeitsgemeinschaft, Parlament der Wirtschaft, Rätesystem oder Kammer der Arbeit

Die Sozialisierungsforderungen wurden immer wieder mit dem Wunsch nach einer Demokratisierung der Wirtschaft gleichgesetzt. Damit stellte sich auch die Frage, in welchem Gremium diese Demokratisierung der Wirtschaft verankert werden sollte. Diese Frage blieb 1920 in den Medien ein heißdiskutiertes Thema. Das zunehmende Insistieren auf die jeweils repräsentierte Mitgliederzahl und die wiederholte Unterscheidung in Mehrheits- und Minderheitsvoten illustrieren, dass dieses Verhältnis an Bedeutung gewann. Die Behauptung einer Mehrheitsposition musste sich allerdings nicht zwangsläufig numerisch und in Wahlen zeigen, sondern diente vor allem als Argument, die Normierung der eigenen Position zu verlangen.[30] Dieses nicht zwangsläufig zahlenmäßig verstandene Verhältnis von Mehrheit und Minderheit speiste auch die Debatten über die Ausgestaltung eines Reichswirtschaftsrates und sein Verhältnis zum Parlament. Im Juli 1920 trat der Vorläufige Wirtschaftsrat zusammen, sodass an seinem Beispiel ausgehandelt wurde, welche institutionellen und organisatorischen Regelungen als demokratisch gelten sollten. Für liberale Demokraten stand fest, dass der Reichstag in allen Fragen des Gemeinwesens die entscheidende Instanz sein sollte. Dem Wirtschaftsrat konnte bestenfalls eine beratende Funktion zukommen, wobei der Nutzen einer solchen dritten Kammer insgesamt durchaus kritisch gesehen wurde. Im „Börsen-Courier" machten mehrere Beiträge klar, dass der Reichstag als gewähltes Parlament vor allen anderen Gremien die Entscheidungshoheit haben müsse. Der Reichswirtschaftsrat überschreite mit seinen Klagen über mangelnde Finanzierung und über Veränderungen an seinen

30 Diese Beobachtung verdanke ich Till van Rahden und seinen Überlegungen zu „Mehrheit und Minderheit. Die Geburt eines asymmetrischen Gegenbegriffs im Schatten des Kriegs" auf der Fachtagung „Europa 1914. Der Weg ins Unbekannte" (Frankfurt a. M. 2014).

Vorlagen seine Kompetenzen: „Das Wort von der ‚Entpolitisierung der Wirtschaft' ist eine Verkitschung von Begriffen, die höchstens für Propagandazwecke brauchbar sind" (BBC 1. 8., 14. 11., 18. 12. 20, jeweils M). Der Reichswirtschaftsrat sei eine Korporation ständischen Charakters, was keineswegs zwangsläufig ein „Gremium der Sachverständigen" bedeute. Vielmehr seien gerade die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat von Interessen geprägt. Der Kritik, im Parlament werde zu viel geredet, hielt der Autor entgegen, die andere Zusammensetzung ändere nichts daran, dass viel geredet werde. Insgesamt hielt der Autor ein Nebeneinander von Parlament und beratendem Reichswirtschaftsrat aber für sachdienlich (BBC 18. 12. 20 M).

Immer wieder drehte sich die Debatte darum, wie politisch ein Wirtschaftsparlament sein sollte und sein durfte. Politisierung und Entpolitisierung entwickelten sich in dieser Debatte zu Schlagworten, die vor allem emotional wirken sollten. Mit ihnen wurde zu Sachlichkeit aufgerufen und Interessenpolitik angeklagt, ohne dass eine Auseinandersetzung mit gegnerischen Argumenten in irgendeiner Weise angestrebt wurde. Wie die Berichterstattung im „Börsen-Courier" zeigt, war den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen dieser strategische Gehalt einer Entpolitisierungsforderung durchaus bewusst. Auch das DDP-nahe „Hamburger Fremdenblatt" (4. 6. 20 A) kommentierte, es handle sich um ein Schlagwort „aus dem agitatorischen Köcher der Rechtsparteien", das „auf gänzlich harmlose Gemüter zugeschnitten" sei.

Die DVP-nahe „Kölnische Zeitung" beurteilte das ganz anders. Unter dem Eindruck der Streikbewegungen nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch forderte sie mit Hilfe einer „Kammer der Arbeit, des Wirtschaftsparlaments, gebildet aus den erfahrensten, zielbewußtesten Männern der Arbeit jedes Faches und jeder Stellung im Produktionsprozeß", eine „Entpolitisierung der Wirtschaft" (KZg 21. 4. 20 M). Es ging um die Errichtung einer berufsständischen und korporativistischen Ordnung, die den Einfluss des Parlamentes korrigieren sollte, wenn betont wurde, das Gremium müsse in der Tradition des Preußischen Volkswirtschaftsrates stehen, aber mehr als nur beratende Befugnisse bekommen. Es benötige auch das Initiativrecht sowie ein aufschiebendes Vetorecht. Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Geheimrat Simons wurde zitiert, der sich Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates gleichberechtigt zum Reichstag wünschte. Wirtschafts- und sozialpolitisches Regierungshandeln ohne die Zustimmung einer solchen „Kammer für Arbeit" sollte so verhindert werden. Sogar Einfluss auf die Benennung von Ministern fordere Simons.

Soweit wollte die „Kölnische Zeitung" zu diesem Zeitpunkt nicht gehen, auch wenn sie damit liebäugelte. Ganz dem Wahlaufruf der DVP und der Position

Stresemanns entsprechend hoffte sie auf eine einvernehmliche Verständigung zwischen der „Kammer der Arbeit" und dem Parlament vor dem Inkrafttreten entsprechender Gesetze. Ihnen ging es um eine berufsständische Ergänzung des Parlamentes und nicht um seine Ersetzung (KZg 21. 4. 20 M). Die Vertreter eines berufsständischen Aufbaus priesen eine solche Organisation als „organische Wirtschaftsordnung", in Abgrenzung von vermeintlich fremden Elementen wie der falschen Organisation der Kriegswirtschaft oder einem „kommunistischen Ideenmenü". Es sei wichtig, sich auf die Qualitäten der „deutschen Hausmannskost" zu besinnen, die darin bestehe, einen um eine regionale Komponente verbesserten Bismarckschen Volkswirtschaftsrat ins Leben zu rufen (KZg 28. 8. 20 A). So sollte das politische Parlament mit seinem allgemeinen Wahlrecht und seinen Mehrheitsentscheidungen im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich ausgeschaltet oder zumindest einer zusätzlichen Kontrolle unterworfen werden. An seine Stelle sollte ein hierarchisches, berufsständisches Gremium treten, dessen vermeintliche „Sachlichkeit" vor allem darin bestand, Privilegien zurückzugewinnen und abzusichern, um so auch im neuen System die eigenen Interessen gegen demokratische Mehrheiten zu wahren.

Entsprechend betonte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die Entpolitisierung der Wirtschaft bedeute nicht der Wirtschaft weniger, sondern mehr Einfluss in der Politik zu gewähren. Das sei wegen der durch die Revolution eingesetzten demokratischen Prinzipien, „wo jeder Einzelne, Mann und Frau, mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet ist und nichts weiter in die Waagschale zu werfen hat, als eben den Stimmzettel, ohne Rücksicht auf Berufsstellung", dringend notwendig. Müßig zu betonen, dass hier nicht zufällig auf das Frauenwahlrecht angespielt wurde, um die wirtschaftspolitische Inkompetenz der „Masse" zu unterstreichen (RWZ 1. 7. 20 M). Der Reichswirtschaftsrat sollte entsprechend keinesfalls zu einem „Redeparlament" und „Tummelplatz für parteipolitische Kämpfe" werden (RWZ 1. 7. 20 M, 17. 8. 20 A). Dem Austausch politischer Meinungen wurde so jede Berechtigung aberkannt zugunsten der Fiktion „unpolitischen Sachverstands", der aus Sicht der Befürworter eines berufsständischen Gremiums durch die Unternehmer und ausgewählte „vernünftige" Arbeitnehmer verkörpert wurde. Die Unternehmer bedienten regelmäßig die Figur des „Unpolitischen" und betonten den Sachzwang ihrer Forderungen, während sie gleichzeitig bestrebt waren, ihren politischen Einfluss auch unter den Bedingungen demokratischer Meinungsbildung in den Medien sicherzustellen, wenn sie dazu übergingen, im großen Maßstab Zeitungen zu kaufen.

Sie zogen seit Mitte 1920, nach dem Rechtsruck der Reichstagswahlen, immer häufiger auch in den öffentlich ausgetragenen Meinungskampf. Entsprechend nahm der Dortmunder Unternehmer Moritz Klönne in seiner Funktion

als Vorsitzender des „Arbeitgeberverbandes Metallindustrie für Dortmund und Umgebung" in einem Beitrag „Zum Aufbau der Wirtschaftsräte" Stellung zu dem Vorschlag, die bereits bestehenden Industrie- und Handelskammern zu Wirtschaftskammern zu erweitern und als Unterbau des Reichswirtschaftsrates zu nutzen. Die Unternehmer lehnten eine solche Öffnung ihrer Interessenvertretung grundsätzlich ab. Klönne wies die Verantwortung für diese Ablehnung aber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu, die sich – so seine von oben herab vorgetragene Unterstellung – nicht von ihren politischen Gedankengängen frei machen könnten und deshalb alle Nachteile des politischen Parlamentes, also abweichende Meinungen und Situationsinterpretationen, in die Verhandlungen hineintragen würden (RWZ 12. 10. 20 A).

In der von Stinnes Anfang Juni 1920 erworbenen DAZ nahm der völkische Theoretiker und spätere „konservative Revolutionär" Dr. Max Hildebert Boehm zur Bedeutung des Reichswirtschaftsrates Stellung.[31] Er schlug einen Bogen von der sozialen Kammer 1848 über den Bismarckschen Volkswirtschaftsrat zum Reichswirtschaftsrat und verlieh ihm so eine explizit deutsche Tradition, um dann zu beklagen, dass dem Reichswirtschaftsrat nur eine beratende Funktion zugebilligt worden sei. Es zeichne sich aber zum Glück bereits ab, dass „die führenden Köpfe unserer Wirtschaft" in ihm vertreten sein würden, deshalb sei sichergestellt: „Er wird nicht Macht haben, sondern Macht sein" (DAZ 25. 6. 20 A). So werde „das überkommene Wirtschaftssystem, in dessen Rahmen ein rein privatkapitalistischer Individualismus und der klassenegoistische Pseudo-Sozialismus marxistischer Prägung einander als feindliche Brüder gegenüber standen", überwunden. Boehm lehnte den Liberalismus und demokratische Prinzipien vehement ab, wenn er eine Abwendung von einer „westlerisch individualistischen Weltansicht" forderte, die durch ihre Wahlen – so sein völkisch-harmonistisches Credo – den „lebendigen Volksorganismus" atomisiere, „und aus seinen Atomen [...] durch ein mechanisches Repräsentativsystem de[n] Staat aufgebaut" habe. Es sei stattdessen „ein entsagendes und erfüllendes Gliedwerden des einzelnen" im Sinne des korporativen Gedankens notwendig. Das dürfe allerdings nicht mit dem Sozialismus verwechselt werden. Die „organische Gemeinwirtschaft" sei nur mit Hilfe des Korporativismus erreichbar. Die Klassengegensätze und den Individualismus zu überwinden, so der völkisch-nationalistische, vor allem aber naiv harmonistische Glaubenssatz, sei „die vornehmste Aufgabe des Reichswirtschaftsrates, der der Träger des wirtschaftlichen Gemeinsinns der Nation ist" (DAZ 30. 6. 20 M). Das

31 Ulrich Prehn, Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen 2013.

war an Vertreter des Rechtskatholizismus anschlussfähig, dessen teilweise offen antisemitischen Vertreter die Arbeitsgemeinschaft als Keimzelle eines berufsständischen Wirtschafts- und Gesellschaftsaufbaus begrüßt hatten und gern mindestens gleichberechtigt zum Parlament gesehen hätten. Der Gewerbesolidarität wohne die Erkenntnis inne, dass ein gedeihliches Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Arbeitsgemeinschaft den sozialen Frieden sichern werde. Dessen Feind sei der Radikalismus in seinen Abstufungen Kommunismus, Syndikalismus und Bolschewismus. In einer antisemitisch-verschwörungstheoretischen Gleichung wurde erklärt, der Radikalismus werde von ausländischen Agitatoren in Person polnischer Juden im Osten und in Berlin nach Deutschland getragen, die sich am „blutgetränkten Elend" zu bereichern trachten würden (KVz 29. 4. 20 A).

In den Organen des politischen Katholizismus artikulierten sich um 1920 zwei Strömungen. Beide setzten sich vom Sozialismus und vom Liberalismus ab, letzterer wurde mit dem Manchesterkapitalismus gleichgesetzt. Sie positionierten sich gegenüber dem Parlamentarismus und der Demokratie höchst unterschiedlich. Auf der katholischen Soziallehre aufbauend lotete die linke Richtung das Verhältnis von christlichem Solidarismus zum Sozialismus aus. Joseph Froberger verwies in der „Kölnischen Volkszeitung" auf die lange Tradition christlicher Soziallehre, in der die Konzepte von Max Scheler und anderer Vertreter des Solidarismus ständen. Eigentum, ein geordnetes, gerechtes Arbeitsverhältnis und das Genossenschaftswesen seien für diese Ideen eines gerechten Gesellschaftsaufbaus ebenso zentral wie die Volksgemeinschaft und ein richtig aufgebauter Völkerbund (KVz 7. 1. 20 A), dazu gehörte auch ein „Solidaritätsgefühl zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft" (KVz 16. 1. 20 Mi). In der „Germania" konstatierte Dr. Emil van den Boom, der sich seit der Jahrhundertwende als Dezernent für Sozialpolitik im Volksverein für das katholische Deutschland für einen berufsständischen Aufbau der Wirtschaft engagiert hatte[32], einen großen Einflussgewinn der Interessenverbände seit dem Krieg, der nicht nur negativ zu betrachten sei, wie im Nachgang zum Generalstreik nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch häufig geschehen. Die wirtschaftlichen Interessenverbände, die sich organisiert und zu Arbeitsgemeinschaften zusammengeschlossen hätten, fühlten sich als ein Fundament des Staatswesens und

32 Wilfried Loth, Freiheit und Würde des Volkes. Katholizismus und Demokratie in Deutschland, Frankfurt a. M. 2018, S. 141 f.; Franz Josef Stegmann/Peter Langhorst, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Walter Euchner u. a. (Hg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Wiesbaden 2005, S. 661 f.

würden entsprechend Einfluss fordern (Ga 9. 4. 20 A). Dieses Bedürfnis nach Mitbestimmung gelte es in die richtigen Bahnen zu lenken und deshalb möglichst bald den Reichswirtschaftsrat ins Leben zu rufen, der als Wirtschaftsparlament ein begutachtendes Organ für die Behandlung von Wirtschaftsfragen sein sollte. Van den Boom war aber wichtig, dass den Interessenverbänden kein allgemeinpolitisches Mandat zustehe: „Die praktische Behandlung der Probleme und strittigen Fragen muß Sache der Parteien sein und bleiben." Eine Beratung des Parlamentes und Unterstützung beim Wiederaufbau durch die industrielle Gemeinschaftsarbeit im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft hielt er für unbedingt wünschenswert. Eine Ausschaltung des Unternehmertums, wie sie die USPD anstrebe, müsse der Gesetzgeber mit dem Ausbau der Verfassungsorgane des Art. 165 unbedingt entgegenwirken und so die paritätische Zusammenarbeit im Reichswirtschaftsrat auf Dauer stellen (Ga 4. 5. 20 A). Nur in einer solchen paritätischen Zusammenarbeit sahen die katholischen Medien einen organischen Aufbau der Wirtschaft gegeben, den sie allein für zukunftsfähig hielten. Dabei erkannten sie durchaus an, dass der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft die SPD nach links hin Anhänger gekostet hatte, aber der „Zug der Zeit" spreche für die Arbeitsgemeinschaft, die in schrittweisem Ausbau einer „organischen Arbeitsgemeinschaft des Volkes an die Stelle der bürokratischen Verwaltung treten" werde (KVz 25. 7. 20 Mi).

Die SPD sah sich dem Vorwurf von USPD und KPD gegenüber, mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik die Macht der Unternehmer stabilisiert und die sozialistische Revolution abgebremst zu haben. Viele Vertreter der SPD glaubten allerdings nicht, zu diesem Zeitpunkt auf die Expertise der Unternehmer verzichten zu können. Außerdem hielten viele die Exklusion einer ganzen Bevölkerungsgruppe aus dem politischen System für demokratisch nicht vertretbar (Vs 14. 2. 20 A). Weder Wirtschaft noch Arbeiter schienen ihnen 1918 reif für den Sozialismus. Wissell erklärte deshalb, die von ihm empfohlene Planwirtschaft stelle ein Provisorium dar, das die Bedeutung des Privateigentums für das Bürgertum und damit ihr Klasseninteresse zurücktreten lasse, wodurch die Gesellschaft immer mehr klassenlose Struktur annähme. Dazu sei aber zunächst „ein Zusammenarbeiten von Bourgeoisie und Proletariat notwendig, bei dem das Proletariat immer mehr die Reife gewinnen werde, um die Herrschaft über die Wirtschaft in seine eigene Hand zu nehmen" (Vs 8. 9. 20 M). Im „Volkswillen" (16. 9. 20) aus Hannover wurde in einem Beitrag über „Die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft" in Bezugnahme auf den „Vorwärts" ausdrücklich darauf hingewiesen, „daß kein politischer oder gewerkschaftlicher Arbeiterführer mit der Anerkennung der Arbeitsgemeinschaften sich auch nur von einer einzigen programmatischen Forderung losgesagt hat".

Diese Stellungnahmen waren eine Reaktion darauf, dass die USPD in der „Hamburger Volks-Zeitung" (3. 1. 20) deutlich machte, dass sie eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern für einen reaktionären „Burgfrieden" hielt, der die Arbeiter von ihrer historischen Aufgabe entfremde, die Produktionsmittel zu erobern. Auch die „Freiheit" lehnte die Arbeitsgemeinschaft als reaktionäres Gremium des unternehmerischen Machterhalts grundsätzlich ab. Bestätigt sahen sie sich darin durch die Weigerung der Arbeitgeber, der Forderung der Gewerkschaften nach Bezahlung der Streiktage während des Generalstreiks gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch nachzukommen. Diese Weigerung der Unternehmer, sich zumindest finanziell am Kampf um die Erhaltung der Republik zu beteiligen, nutzten die Unabhängigen für ihren Wahlkampf, in dem sie das Ende der Arbeitsgemeinschaften forderten und aufriefen, die Männer und Frauen zu wählen, die „Vorkämpfer der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft" seien (Ft 14. 5. 20 M). Auch die wiederaufflammende Unterstützung der gelben Gewerkvereine durch die Arbeitgeber schien zu belegen, dass diese sich nicht durch die Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft gebunden fühlten (Ft 2. 7. 20 A; DVz 1. 11. 20). Entsprechend wurde die Tätigkeit des „Hansabundes" von den Sozialdemokraten auch als Mobilmachung der Reaktion gelesen (Ve 11. 5. 20).

Die SPD geriet so in ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik immer stärker von links unter Druck und setzte deshalb verstärkt auf den Reichswirtschaftsrat. Die „Dresdner Volkszeitung" (1. 7. 20) verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass er „sich zu einer für das deutsche Volk segensreichen Einrichtung entwickeln wird". Dieser Segen könne allerdings nicht in einer Entpolitisierung der Wirtschaft liegen. An eine solche würden die Sozialdemokraten natürlich nicht glauben, denn hinter den politischen Kämpfen ständen in der Hauptsache die wirtschaftlichen Gegensätze der Klassen: „Aber es ist zuzugeben, daß auch bei völlig demokratischem Wahlrecht in die politischen Parlamente nicht immer oder nicht in genügendem Maße Leute kommen, die in Wirtschaftsfragen hervorragende Sachverständige sind. [...] Nicht jeder, der imstande ist, ein großes Unternehmen zu leiten oder die Geschäfte einer Gewerkschaft gut zu führen, ist auch gleichzeitig ein guter Volksversammlungsredner, dem es leicht gelingt, ein Reichstagsmandat zu erlangen" (DVz 1. 7. 20).

Diese verbleibende Skepsis gegenüber dem Parlament und seinen demokratischen Auswahlverfahren ist aufschlussreich, auch wenn weiter betont wurde, dass die Kundgebungen des Reichswirtschaftsrates nicht als unfehlbare Offenbarungen betrachtet werden sollten. Vielmehr ständen die Männer und Frauen, die sich im Wirtschaftsrat zusammenfänden, trotz ihrer praktischen Erfahrungen den Fragen des wirtschaftlichen Lebens nicht unparteiisch gegenüber, sondern

sie würden die Interessen ihrer Klassen- und Berufsgenossen vertreten. Die Mehrheitssozialdemokratie stehe fest auf dem Boden der Demokratie, weshalb sie die „Diktatur des Proletariats" ebenso ablehne wie Forderungen, das Parlament durch das Wirtschaftsparlament zu ersetzen. Sie hielt deshalb explizit fest, „die höchste Gewalt muß, wenn Deutschland eben eine Demokratie bleiben soll, der Reichstag behalten, der in seiner Zusammensetzung den Willen des deutschen Volkes widerspiegelt" (DVz 1. 7. 20).

Die „Freiheit" dagegen lehnte auch den Reichswirtschaftsrat grundsätzlich ab. Er sei „aus einer Uebertragung der Idee der Arbeitsgemeinschaft" entsprungen, die „eine Verleugnung des Klassenkampfgedankens" sei und der „verderblichen Lehre von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit" entspringe. Alle diese Ideen basierten auf dem Grundsatz der Parität zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft, die real aber nicht gegeben sei, wenn ein Unternehmer mit tausend Beschäftigten ebenso viel Einfluss habe wie diese tausend Arbeiter zusammen. Sachlichere oder sachverständigere Entscheidungen hielt dieses USPD-Blatt aufgrund der Klasseninteressen für ausgeschlossen (Ft 30. 6. 20 M). Die „Rote Fahne" (17. 7. 20) wiederum trennte die Arbeitsgemeinschaftspolitik gar nicht vom Reichswirtschaftsrat. Die rechtssozialistische Politik der „Klassenversöhnung", wie sie in der Arbeitsgemeinschaft, im Reichswirtschaftsrat und im Reichskohlenrat ihren Ausdruck finde, habe sich als Fehler erwiesen, denn es sei ihr nicht gelungen, die Kräfte der Reaktion unter Kontrolle zu bringen.

4. Fazit

Abschließend lässt sich festhalten, dass ein Stadt-Land-Gegensatz nur in der Berichterstattung über die Ursachen der Ernährungssituation zum Tragen kam. In allen anderen Themenkomplexen behielt die partei- und interessenpolitische Fragmentierung der Weimarer Zeitungslandschaft die Oberhand. Die Organe, die den Parteien der Weimarer Koalition nahestanden, gaben Gemeinsamkeiten in der politischen Debatte Raum, arbeiteten Anknüpfungspunkte für mögliche Kompromisse heraus und profilierten sich als Verteidiger der parlamentarischen Demokratie. Aber schon an ihren Rändern franzte diese Ausrichtung aus. So kamen in den zentrumsnahen Zeitungen immer wieder auch Vertreter des Rechtskatholizismus zu Wort, die dem Parlamentarismus ablehnend gegenüberstanden, lieber eine berufsständisch organisierte Gesellschaft mit starken politischen Führern gesehen hätten und Kompromisse nur ungern hinnahmen. Diese Beiträge hatten insgesamt mehr Schnittmengen mit den rechtsbürgerlichen Zeitungen, die ebenfalls einen sozialharmonistischen, vermeintlich

organischen Gesellschaftsaufbau im Rahmen einer „Volksgemeinschaft" herbeisehnten. Für sie stellten die Sozialisten jeder Abstufung eine Gefahr für das deutsche Staatswesen dar, bedrohten sie doch nicht nur ihre Privilegien durch die Entscheidungen einer Massendemokratie, sondern stellten auch die als natürlich empfundene Hierarchie in Frage. Sie suchten einen „dritten Weg" jenseits von Liberalismus und Sozialismus, der die Arbeiter wieder in die nationale Ordnung einbinden und entsprechend disziplinieren sollte. Das Unbehagen mit dem Sozialismus, dessen Gefährlichkeit zu belegen immer wieder die Russische Revolution und antisemitische Stereotypen herhalten mussten, reichten ebenso wie ein gewisses Fremdeln gegenüber der Situation der Arbeiterschaft in die Zeitungen des Liberalismus und des Katholizismus hinein. Um das eigene Mandat, für die Arbeiter zu sprechen, zu stützen, kamen regelmäßig Vertreter der jeweiligen Richtungsgewerkschaften zu Wort, wenn es um die Arbeiterschaft betreffende Fragen ging.

Die SPD wiederum sah sich einem wachsenden Druck von links gegenüber. USPD und KPD bezichtigten sie des Verrats an der Revolution und am Sozialismus. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch schien der Sorge vor reaktionären Bestrebungen uneingeschränkt Recht zugeben, sodass der SPD im Juni die Fortsetzung der Koalition unmöglich und sie von den radikalen Kräften teilweise regelrecht vor sich hergetrieben wurde. So lässt sich für den sozialpolitischen Bereich festhalten, dass 1920 die Zusammenarbeit in der Weimarer Koalition auch teilweise auf Druck der Zeitungsberichterstattung zum zweiten Mal nach dem „Nein" der DDP zum Versailler Vertrag an ihr Ende kam. Der Interessenausgleich im Kompromiss parlamentarischer Aushandlung wurde von den Gegnern der Republik systematisch diskreditiert und durch ihre gewaltsame Zielsetzung kaum verhehlende Aufrufe zur „Tat" aggressiv bekämpft. Sie präsentierten sich auf beiden Seiten des politischen Spektrums als eine Maximalforderungen erfüllende Alternative, die allerdings jede (Regierungs-)Verantwortung im parlamentarischen System von sich wies und Koalitionen systematisch torpedierte.

Die existenzielle Not einerseits und die Furcht vor dem Verlust liebgewonnener Privilegien und des gewohnten Status andererseits lieferten bereits aus zeitgenössischer Sicht den Nährboden für die Suche nach Alternativen jenseits der parlamentarischen Republik. Die Leser mit solchen rechten oder linken Glaubenssätzen konnten in den Zeitungen ihrer politischen Milieus regelrechte Echokammern finden, die jede Auseinandersetzung mit anderen Positionen und den Austausch von Argumenten ausblendeten und so den Interessenausgleich mit anderen Positionen im Keim erstickten. Sie kannten nur den Modus der Anklage und des Entscheidungskampfes. Die Gewaltbereitschaft sowie ihre Vehemenz und Lautstärke führte dazu, dass sie den gemäßigteren Zeitungen und ihren

Parteien immer wieder Themen aufzwangen und sie in manchen Fragen regelrecht vor sich hertrieben. Hinzu kam, dass nicht nur die Parteien, sondern auch die Unternehmer 1920 die Macht der veröffentlichten Meinung für sich entdeckten. Mit ihren Zeitungskäufen verfolgten sie zunächst häufig eigene Agenden, um dann aber bald ihr Kapital und ihre Verlage in den Dienst der ihnen nahestehenden Parteien zu stellen. Sie fanden sich, von Ausnahmen wie dem DDP-nahen Robert Bosch abgesehen, mehrheitlich im rechtsbürgerlichen Spektrum der Republikgegner wieder. Auch diese Konzentration zeichnete sich mit ihrer medialen Macht bereits 1920 ab und hatte für die angesichts der Interessen- und Meinungsvielfalt unverzichtbare Verhandlungsdemokratie im Rahmen der auch sozialstaatlich akzentuierten Weimarer Verfassungsordnung verheerende Folgen.